

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 8. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechs-spaltige Zeilenbreite über deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Samstagen und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

### Hammersteins Maulkörbe.

Also Herr v. Hammerstein hat keinen Maulkorb erhalten, er darf maulkorbfrei in ganz Preußen herum — reisen, er wird demnach beweisen, daß er nicht nur keinen Maulkorb trägt, sondern selbst solche verleiht, daß er nicht die Zurechtweisung des silbernen Maulkorbes verleiht, daß er aber die Puttkamer-Redeische Fabrikarbeit der Maulkörbe selbst produziert und in reichster Weise durch seine Polizei-Organen zu verteilen beabsichtigt.

Die Offizien haben uns verstanden, daß das preussische Vereinsgesetz revidiert werden soll; die bösen Bestimmungen haben nicht unrecht gehabt, als sie trotz der Ankündigung einer Modernisierung dieses Reaktionsgesetzes eine weitere Verschlechterung witterten. Um wenig man es, daß das preussische Vereinsgesetz künftig ein in geschliche Formen gegossenes Instrument der Klassengesetzgebung sein wird, daß die Polizeibehörden in Zukunft auf Grund des Gesetzes die schändlichen Bestimmungen des preussischen Vereins- und Versammlungsrechtes von 1850/1904 nur auf die nicht Mälon-begehrte Menschheit anzuwenden haben werden, daß sie aber die Vertreter des Klassenstaates frei von jeder Aufsicht lassen können.

Man wird einwenden, daß es sich da um bloß formale und weniger um tatsächliche Forderungen handelt, da die Versammlungspolizei den bürgerlichen Vereinen auch bisher höchstens unbequem, nie hinderlich geworden ist. Dies ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Ja, wir könnten es sogar in gewisser Hinsicht begrüßen, wenn für jeden Bürger hergestellt ist, daß das zweierlei Maß für die Vereinigungsbestrebungen der Besitzenden und der Proletarier gilt. Jeder Anschauungsunterricht dieser Art ist ein vortreffliches Mittel zur Belehrung über den Charakter des Klassenstaates.

Mit diesem agitatorischen Gevinn, den wir der neuesten Leistung des Ministers für politische Reaktion verdanken, könnte man sich eventuell zufrieden geben. Aber nicht bloß das, was ist, wird in das hellste Licht gestellt, es wird an dem bisherigen Rechtszustand zum Schaden der am stärksten Ausgebeuteten vieles noch verschlechtert, ja, es wird ihnen das Versammlungsrecht geraubt. Einige preussische Polizeibehörden hatten schon früher in ihrem sonderbaren Gesetzesauslegungsgefühl den Grundsatz aufgestellt, daß Versammlungen nur stattfinden dürfen in der Sprache, welche das zur Aufsicht entsandte Polizei-Organ versteht: eine Verengung des Versammlungsrechtes durch die Unbildung der Polizeibehörden. Das preussische Ober-Verwaltungsgericht hob in mehreren Entscheidungen diese polizeilichen Verfügungen auf und sicherte somit auch polnisch, dänisch, czechisch Sprechenden das Versammlungsrecht in den nicht weiten Grenzen der Verordnung vom Jahre 1850. Sind die Gerichte einmal in der Auslegungslust des herrschenden Rechtes nicht genügend munter, so wird im Interesse der dirigierenden Klassen eben das Recht geändert. Man hebt faktisch das Versammlungsrecht für Hunderttausende auf, indem man eine Bestimmung schafft, daß die Verhandlungen in einer andern Sprache als in der deutschen nicht ermöglicht werden sollen. Das ist sicherlich eine Rechtschädigung der nationalen Interessen der Reichen wie der Armen, aber auch auf diesem scheinbar vom Boden des Klassenkampfes so entfernten Gebiete, erweist sich die Schädigung der Proletarier viel größer als die der Besitzenden. Der polnische Gutbesitzer, Arzt, Rechtsanwalt wird fast immer neben seiner Muttersprache auch die deutsche Sprache beherrschen, er wird das Vereins- und Versammlungsrecht, wenn auch in einer unbehaglichen, ihm unsympathischen Weise, sich zu Nutzen machen können; ganz anders der polnische Landarbeiter, Bergmann, Handwerksgehilfe, Fabrikarbeiter, er wird vielfach nur die Möglichkeit der Verständigung in der polnischen Sprache haben, für ihn wird die neue Hammersteinsche Bestimmung des erneuten preussischen Vereinsrechtes die gleiche Bedeutung haben, wie der Verlust des Rechtes, sich in Vereinen zusammenzuschließen, in Versammlungen seine Interessen zu vertreten. Nach der Statistik des Deutschen Reiches, Band 150 (Die Volkszählung am 1. Dezember 1900 im Deutschen Reich I. Teil) S. 187, hatten eine nichtdeutsche Sprache als Muttersprache 714 521 männliche Personen unter 14 Jahren; 1 182 726 männliche Personen über 14 Jahre; 710 107 weibliche Personen unter 14 Jahren; 1 270 958 weibliche Personen über 14 Jahre; zusammen 3 878 310 Personen.

Berschwundend gering ist dagegen der Personenkreis, der als Muttersprache die deutsche und eine fremde Sprache angab. Es waren dies 25 774 männliche Personen unter 14 Jahren; 89 387 männliche Personen über 14 Jahre; 25 266 weibliche Personen unter 14 Jahren; 70 688 weibliche Personen über 14 Jahre; 211 110 Personen hatten insgesamt neben einer fremden Sprache auch die deutsche als Muttersprache oder auf je 10 000 Einwohner mit einer nichtdeutschen Muttersprache kamen 544, die die deutsche Sprache neben einer fremden Sprache als Muttersprache anführten. Da die preussische Gesamtbevölkerung am letzten Volkszählungstage 34 472 500 Seelen betrug, so hatten über 11,25 Proz. derselben nur eine andre Muttersprache als die deutsche. Diesen wird das Versammlungsrecht nun in Frage gestellt, ja für einen erheblichen Teil derselben aufgehoben. Sicherlich giebt es unter den 3 878 310 Personen mit nur nicht-deutscher Muttersprache so manche, die deutsch verstehen; aber es ist etwas anderes in einer etwas angelehnten Sprache keine Interessen in Vereinen und Versammlungen zu vertreten oder in seiner Muttersprache. Für diesen ganzen Personenkreis bedeutet die geplante Maßregel eine schwere Schädigung, für die meisten ist sie der Verlust eines der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte.

Wer sich von der phrasenhaften Verteilung nationaler Probleme befreit hat, sucht den wirtschaftlichen Untergrund dieser Maßnahmen, der sucht im gegebenen Falle sich dem Interesse der herrschenden

Parteien im preussischen Landtage an dieser neuesten Einengung des Versammlungsrechtes. Soweit sich die künftig entrechteten Personen tatsächlich nur in einer Sprache, sei es in der holländischen, dänischen, czechischen, russischen, polnischen, masurenischen, kasubischen, wendischen, lituanischen Sprache in Vereinen und Versammlungen verständigen können, gehören sie — von unerheblichen Ausnahmen abgesehen — der minder bemittelten, insbesondere der Arbeiterklasse an, sie sind wieder zum überwiegenden Teile Landarbeiter auf den Gütern der ostelbischen Junker, Arbeiter in den Spiritusbrennereien, in den Zuckerfabriken, im schlesischen und rheinisch-westfälischen Bergbau, dann Ziegler, endlich Bauhilfsarbeiter, zum Teil auch Maurer. Alle diese Arbeiter sind schwerer Ausbeutung unterworfen, sie kennen nicht die Rechte, die ihnen durch die Arbeiterschutz- und Versicherungs-Gesetzgebung, zum Teil auch durch den § 153 der Gewerbe-Ordnung garantiert sind. Sie hatten jede Unterdrückung, jede elende Einquartierung, jeden Abzug vom Lohne, jede Dauer der Arbeitszeit, jede Anordnung betreffs der Nacht- und Sonntagsarbeit, die Beschäftigung von Kindern jedes Alters, die Abweisung mit zu niedrigen Unfallrenten, das Verbot von Arbeitseinstellungen für recht und billig, wenn sie nicht aufgestellt werden können über das, was rechtens ist. Eine Aufklärung in deutscher Sprache ist erfolglos, eine in der Muttersprache unterliegt eine wohlwollende Polizei zum Schaden der ausgebeuteten, in ihren reichsgesetzlich garantierten Rechten beeinträchtigten Arbeiter, zum offenkundigen Nutzen der Ausbeuter, der Unternehmer, die nach dem Schutze der nationalen Arbeit schreien, aber auch gern den Schutz schrankenloser Ausbeutung nichtnationaler Arbeit sich gesichert wissen wollen.

Fremde Arbeiter sind sehr gesuchte Artikel bei Streiks, mit Vorliebe importieren die schutzöllnerischen Scharfmacher aus Böhmen, Mähren, Galizien, Ungarn, Italien die Streikbrecher, meist unter falschen Verpfehlungen. Ehrenwerte ausländische Arbeiter werden, ohne eine Ahnung zu haben, daß sie Kameraden, die für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen den Kampf aufgenommen haben, in den Rücken fallen sollen, in deutsche Vergewaltiger, Ziegeleien, Fabriken gelockt. Die neuen Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes sollen da den armen Unternehmern eine willkommene Ergänzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung werden; sie sollen die Aufklärung der Streikbrecher wider Willen hindern.

Ganz ohne jeden fatalistischen Seitensprung kann da Herr Felsich einen Lobgesang auf die gesunde Sozialpolitik der preussischen Staatsregierung im Abgeordnetenhause anstimmen und im Chor werden die nationalliberalen Vertreter des Bergbaus in Schlesien und in Rheinland-Westfalen zustimmen und die Junker werden finden, daß dies neueste „keine Mittel“ zur Lösung ihrer Arbeiterfrage in Ostelbien einiges beitragen könnte. Die berufenen Vertreter der Zuckerindustrie der Provinz Sachsen, die Ausbeuter der Sachseingänger, sie alle werden der hohen Weisheit der Regierung verbieten Vorfälle sollen, sie werden finden, daß die preussische Regierung mit dieser That sich des Vertrauens des Parlaments, das auf Grund des elendesten aller Wahlgeseze gewählt wurde, würdig erwiesen hat.

Aber es giebt Organe der Regierung, die sich über den Wert dieser Gesetzgebung anders geäußert haben, als es vermutlich die um Felsich und Volkstrem im Abgeordneten- und Herrenhause thun werden, die Fabrikinspektoren. An vielen Stellen berichten die preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten in ihrem Jahresberichte für 1902 über „fremdsprachige und ausländische Arbeiter“. Wie notwendig es diese hatten, sich zu organisieren, vom Vereins- und Versammlungsrechte Gebrauch zu machen, geht aus den folgenden Citaten aus den Berichten hervor. So entnimmt der Gewerberat für die Provinz Westpreußen einem Berichte, „daß ein Ziegeleibesitzer, der überwiegend Polen verwendet, die zum Teil in der Ziegelei, zum Teil in der Landwirtschaft beschäftigt werden, seinen Leuten stallartige, von beiden Geschlechtern gemeinsam zu benutzende, mangelhaft mit Fenstern versehene Schlafräume anwies, die teilweise zugleich zum Kochen benutzt wurden.“ (Seite 15 der Berichte.) Sehr lehrreich ist die folgende Feststellung aus dem Regierungsbezirk Potsdam: „Von einem Bauunternehmer waren zum Bau einer Kleinbahnstrecke eine große Zahl deutscher, polnischer und russischer Arbeiter angenommen. Infolge von Zwistigkeiten gerieten die Arbeiter ins Stocken, die ohne Kündigungsfreiheit eingestellten Arbeiter wurden abgelohnt, von dem hauseitigen Techniker aber durch das Versprechen zurückgehalten, daß die Arbeiten in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden würden. Diese Versprechungen zogen sich wochenlang hin, und die zuletzt jeglicher Subsistenzmittel beraubten Leute, Männer wie Frauen, waren in mangelhaften Baracken ohne Trennung der Geschlechter untergebracht, bis sie schließlich in ihre Heimat abgeschoben wurden.“ (S. 34 a. a. D.)

Klassisch ist das Zeugnis des Gewerberates für Berlin und seine Umgebung: „Mehrere Male wurde hier (bei der Cigarettenfabrikation) eine Uebervorteilung der Arbeiter, die sich als Ausländer (Russen und Griechen) erfahrungsgemäß infolge Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen dagegen weniger zu sichern verstehen, durch die Unternehmer beobachtet.“ (S. 50 f.)

Galizier brauchen keine noch Geschlechtern getrennte Schlafräume, behauptete ein „sonst wohlgesinnter Arbeitgeber“ im Regierungsbezirk Breslau dem Fabrikinspektor gegenüber. „Es fehlte häufig am Nötigsten; ein dürftig gefüllter Strohsack unmittelbar auf dem Boden war in elf Fällen die einzige Ausrüstung der Schlafstellen. In neun Fällen waren die Geschlechter nicht getrennt.“ (S. 126.) Ueber Beschäftigung von österreichischen Kindern, die nach der Gewerbe-Ordnung zur Arbeit nicht zugelassen werden dürfen, beschwert sich der Gewerberat für den Regierungsbezirk Oppeln (S. 140.) Aus dem Regierungsbezirk Schleswig wird berichtet: „Wegen fortgesetzter Uebertretung der Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen mußte gegen einen aus-

wärtigen Bauunternehmer, der für eine landwirtschaftliche Genossenschaft die Gewinnung und den Transport von Mergel übernommen hatte und dabei 80—100 meist ausländische Arbeiter, darunter 12 weibliche Personen beschäftigte, Strafantrag gestellt werden.“ (S. 207.) Aus demselben Aufsichtsbezirk wird erwähnt, daß der Kieler Zimmerer- und Maurerstreik, es war eigentlich eine Aussperrung, entschieden wurde durch die Heranziehung ausländischer Arbeitswilliger (S. 209 f.) Wehnlich lag es mit dem Koblenzer Maurerstreik (S. 316). Aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf wird gemeldet, daß die italienischen Steinbrecher die Durchführung der Bundesrats-Bekanntmachung vom 20. März 1902 erschweren. (S. 331.) Auch die Aufsichtsbeamten von Köln, Trier und Signaringen erheben ähnliche Beschwerden. Hinsichtlich des Bergbaus sei nur an die Einschleppung der Ruhrkrankheit durch ausländische Arbeiter erinnert und an die Schwierigkeiten, die fremdsprachigen Arbeiter zur Einhaltung der erforderlichen sanitäts-polizeilichen Anordnungen zu veranlassen.

Hier Vesperung zu schaffen, waren die organisierten Arbeiter stets bemüht; polnisch, italienisch, czechisch sprechende Agitatoren suchten die Gewerkschaften heranzubilden, czechische, polnische, italienische Gewerkschaftsorgane wurden durch die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands verbreitet. All dieser Kulturarbeit soll nur durch die Robelle zur preussischen Vereinsgesetzgebung ein Prügel zwischen die Zähne geworfen werden. Man ersieht daraus, wie sich die nationale Politik des preussischen Ministers des Innern als Helfershelferarbeit der schrankenlosen Ausbeutung billiger Arbeitskraft, als Förderung des Lohnrudes und damit als eine Schädigung der deutschen Arbeiterinteressen darstellt.

So ist die geplante Rechtslosmachung der fremdsprachigen Arbeiter ihrem Wesen und ihrem Ergebnisse nach antinational und kulturwidrig. —

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Januar.

#### Sächsische Spottgeburt.

Rum ist endlich die „Denkschrift“ der sächsischen Regierung über die Wahlschicksale dem Landtage zugegangen. Es werden darin zunächst ausführlich die verschiedenen Wahlsysteme und ihre angeblichen Wirkungen unter Berufung auf verschiedene Gelehrte und Auslassungen sozialdemokratischer Abgeordneter, Schriftsteller und Zeitschriften („Neue Zeit“ und „Sozialistische Monatshefte“) behandelt und schließlich läuft die umfangreiche Denkschrift auf die Empfehlung eines direkten Dreiklassen-Wahlrechts in Verbindung mit berufshändlichen Wahlen hinaus.

Durch das Dreiklassen-Wahlrecht sollen 48, durch berufshändliche Wahlen 36 Abgeordnete gewählt werden. Dann heißt es wörtlich: Die Abteilungswahlen werden in 16 durch das ganze Staatsgebiet ohne Unterschied von Stadt und Land gebildeten Wahlkreisen von jeder Abteilung besonders gewählt. Es wählen unter der Voraussetzung der sächsischen Staatsangehörigkeit und des erfüllten 25. Lebensjahres:

- a) in der I. Abteilung alle diejenigen, welche an staatlicher Grund-, Einkommen- oder Ergänzungsteuer zusammen mindestens 300 M. entrichten oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium hinter sich haben;
- b) in der II. Abteilung alle diejenigen, welche in derselben Weise weniger als 300 M., aber mindestens 38 M. Staatssteuern entrichten oder bei geringerer Steuerleistung, die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienste erworben haben;
- c) in der III. Abteilung alle übrigen, sofern sie überhaupt eine Staatssteuer entrichten.

Für die berufshändlichen Wahlen sollen folgende Vorschläge gelten:

- a) 15 Abgeordnete sollen von denjenigen gewählt werden, welche die Wahlberechtigung zum Landeskulturrat besitzen.
- b) 10 Abgeordnete des Handels und der Industrie sollen von denjenigen zu wählen sein, die zur Teilnahme an den Urwahlen für die Handelskammern berechtigt sind.
- c) 10 Abgeordnete des Kleinhandels, Handwerks und Kleingewerbes sollen von denjenigen gewählt werden, die als Handwerker einer Innung angehören oder sonst als nicht schon nach b wahlberechtigte Handels- und Gewerbetreibende in ihren Betrieben mindestens eine zur Invaliditätsversicherung pflichtige Person beschäftigen.

Endlich heißt es weiter wörtlich: Im übrigen verbleibt es bei dem bisherigen geheimen Wahlsverfahren, bei dem Erfordernis absoluter Mehrheit bei der ersten und relativer bei der zweiten Wahl, sowie bei den bisherigen Erfordernissen der Wählbarkeit als Abgeordneter.

Bei Einführung des neuen Wahlrechts würde eine Integralerneuerung der zweiten Kammer nicht zu vermeiden sein. Für später ist jedoch an der alle zwei Jahre eintretenden Drittelerneuerung festzuhalten, die mit Rücksicht auf die Kontinuität der Verhältnisse rasch und auch bei der neuen Zusammensetzung ohne Schwierigkeit durchzuführen ist. Da die Regierung zunächst abzuwarten wünscht, ob und wie weit sich die Kammern mit diesen Grundlinien einer Wahlreform einverstanden erklären, so hat sie vorläufig davon abgesehen, einen entsprechenden Gesetzesentwurf auszuarbeiten und den Ständen vorzulegen.

Vorsichtige Bescheidenheit gegenüber den Mächtigen des Klassen-Landtags zielt das Vorgehen der sächsischen Regierung gleichzeitig wie alibiwährte brutale Rücksichtslosigkeit gegen die Massen des



Wahlsystem des Reiches. Freige, mag es diese Regierung nicht, in einer Grundfrage des politischen Lebens dem Landtage eine Gesetzesvorlage vorzulegen, die etwa die Unzufriedenheit der konservativen Clique erregen könnte. Schon übergeben sie den Parteien, deren Alleinherrschaft sie durch die Wahlrechtfrage von 1896 geschwächt hat, eine „Denkschrift“, die nichts sein kann als ein Anlaß zur Erörterung der Wahlrechtsfrage durch die Parteien des Landtages. Diese Parteien sollen befinden, welche ein Wahlrecht sie wünschen, danach wird die Regierung die Gesetzesvorlage ausarbeiten, die dann erst die ordentliche Beratung des Wahlrechtsproblems einleiten kann. Freilich, diese sächsische „Regierung“, die von den konservativen Claqueurs sich regieren läßt, hat ihre Aufgabe schon immer nicht anders verstanden; auch die Wahlrechtfrage von 1896 ist nicht durch die Regierung gemacht worden, sondern durch die Mehrheit und Opy mit ihrem Gefolge konservativer Gutsherrn und Jungherrn, deren Diktator Herr v. Meylich die Entschuldigungsverordnung einbrachte.

Um so „stärker“ regiert diese sächsische Regierung gegenüber den Klassen der nicht durch Kapital und Grundbesitz ausgezeichneten sächsischen Bevölkerung. Die Vorschläge, welche die Denkschrift empfiehlt, zeigen, daß die sächsische Regierung nichts gelernt hat aus der Geschichte ihres Landes seit 1896 bis zum 19. Juni 1903!

Diese Vorschläge bedeuten nicht eine Reform des Wahlrechts, wie sie das sächsische Volk fordert, auch nicht das Mindestmaß einer Reform. Sie sind nichts als ein Spott auf jede ehrliche Wahlrechts-Reform. Sie bringen nicht die Umkehr von der Politik der Entrechtung, nicht die Wiederkehr des Wahlrechts, das bis 1896 bestand und das noch keineswegs ein wirklich gerechtes war. Diese Vorschläge bringen die Entrechtung in anderer Form!

Das Wahlrecht, das die Denkschrift vorschlägt, ist die tollste Systemlosigkeit. Nicht ein klares, einheitliches Prinzip beherrscht diese Vorschläge, sondern sie stellen sich dar als ein wirres Gemisch aus den verschiedenartigsten Wahlsystemen, zusammengehalten lediglich durch die Absicht, etwas zu thun, um den erregten Unwillen solcher Schichten der Bevölkerung zu fänstigen, die man für die Reaktion des sächsischen Klassenstaats wiedergewinnen muß, wenn diese Reaktion nicht endgültig zusammenbrechen soll. Aus dieser Absicht erklärt sich die Begnadigung der Studierenden und der zum einjährigen Dienst Verpflichteten von der Zugehörigkeit zur untersten Wählerklasse. Es ist die schwerste Verleumdung für alle wahrhaft Gebildeten, sie von der Klasse des ehrlich ringenden Volkes, das der Entrechtung überantwortet bleibt, loszulösen und sie als Reklameschild der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft in der ersten Wählerklasse zu mißbrauchen. Wahrhaft Gebildete ziehen vor, mit dem Volke entrechtet zu sein, als mit Wucherern, Ausbeutern, Vorkellern Privilegien zu genießen.

Freilich 16 Mandate von 88 sollen der Klasse der nicht privilegierten Wähler gnädigst gegeben werden. Doch auch dieser Verhöhnung bedient sich die Wahrheit ein noch größeres Unrecht als das jegliche Dreiklassen-Wahlsystem. Dieses Wahlsystem sollte, wie die sächsische Regierungsvertreter wiederholt überzeugungsvoll erklärten, keineswegs die unbenannten Volksklassen von der Vertretung im Parlament ausschließen und es besteht die formale Möglichkeit, daß eine Volkspartei, die neben der dritten Wählerklasse auch die Mehrheit in der zweiten gewinnt, die Gesamtzahl der Mandate erreicht. Die jegliche „Reform“ aber sichert von vornherein 88 Sitze den „Berufsständen“ und wiederholt für die übrigen 48 Sitze die Ungerechtigkeit der Klasseneinteilung nach dem Besitze. Und unter diesen wundervollen Berufsständen fehlt einer gänzlich, der im großindustriellen Sachsen der ausschlaggebende ist: der Berufsstand der Arbeiterklasse! Die verhältnismäßig geringe Zahl von Staatsangehörigen, welche zum Landeskulturrat und zu den Handelskammern wahlberechtigt sind, Gutsbesitzer, Industrielle und Jungherrnmeister, die bereits in den Abteilungsabwahlen als Privilegierte ein vielfaches Wahlrecht ausüben, sie sollen noch über das bisherige Maß vielfach bevorrechtet werden, indem ihnen 88 Mandate vorbehalten werden. Die Arbeiter dagegen, die in den Abteilungsabwahlen entrechtet sind, existieren als „Berufsstand“ überhaupt nicht und werden so in neuer Form vermehrte Entrechtung überliefert.

Die sächsische Regierung irrt gründlich, wenn sie vermeint, durch den Spott ihrer Denkschrift einige Verhöhnung in das rote Sachsen tragen zu können. In allseitiger und schärfer Entrüstung wird das sächsische Volk sich gegen die trügerische Scheinreform wenden, durch welche die Entrechtung von 1896 nicht beseitigt, sondern in veränderter Gestalt erhalten und fortgesetzt wird.

#### D welche Lust, Soldat zu sein!

Von Ende September bis Ende Dezember 1903 wurde die gerichtliche Aburteilung von 47 militärischen Vorgesetzten wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Verleumdung von Untergebenen bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen: 19 Jahre 4 Monate 6 Tage Gefängnis, 11 Monate 20 Tage mittlerer Arrest, 2 Monate 11 Tage gelinder Arrest, 2 Monate 22 Tage Stubenarrest. In ganzen 20 Jahre 8 Monate 29 Tage Freiheitsentzug. An Ehrenstrafen wurden verhängt: 1 Dienstentlassung, 7 Degradationen. Auf Preußen treffen 18 Jahre 3 Monate 22 Tage Gefängnis, 7 Monate 3 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 27 Tage gelinder Arrest, 2 Monate 22 Tage Stubenarrest, 1 Dienstentlassung, 6 Degradationen; auf Bayern 9 Monate 14 Tage Gefängnis, 15 Tage mittlerer Arrest, 14 Tage gelinder Arrest, 1 Degradation; auf Sachsen 3 Monate Gefängnis, 4 Monate 2 Tage mittlerer Arrest. Auch in diesem Vierteljahr sind die größten Quälereien in Preußen vorgekommen. Von den Bestraften seien die Offiziere und diejenigen Unteroffiziere genannt, die sich die schwersten Ausschreitungen zu Schulden kommen ließen. a) Offiziere: Hauptmann Cassinone vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 171 vier Wochen Stubenarrest, Lieutenant Schilling vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 98 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Dienstentlassung (618 Mißhandlungsfälle, 57 Fälle vorschriftswidriger Behandlung), Lieutenant Joachim v. Hellermann vom preussischen 4. Garde-Regiment zu Fuß 21 Tage Stubenarrest, Lieutenant Jasper v. Arnim vom badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 14 Tage Stubenarrest. Ferner wurden wegen mangelhafter Beaufsichtigung ihrer Untergebenen bestraft: Hauptmann v. Grolmann vom preussischen 4. Garde-Regiment zu Fuß (Hauptmann des Unteroffiziers Breidenbach) mit 14 Tagen Stubenarrest und Hauptmann Pasche vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 98 (Hauptmann des Lieutenants Schilling) fünf Tage Stubenarrest. b) Unteroffiziere: Unteroffizier Reigel vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 52 fünf Jahre Gefängnis, Degradation; Unteroffizier Franzh vom Rendsburger Infanterie-Regiment fünf Jahre Gefängnis, Degradation (1520 Fälle von Mißhandlungen, 80 Fälle vorschriftswidriger Behandlung); Unteroffizier Linke vom Infanterie-Regiment Nr. 48 einunddreißig Jahre Gefängnis, Degradation; Unteroffizier Knapp vom preussischen Pionier-Bataillon Nr. 13 ein Jahr zwei Monate Gefängnis, Degradation (220 Fälle von Mißhandlungen, 30 Fälle vorschriftswidriger Behandlung); Unteroffizier Richter vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 153 ein Jahr

zwei Monate Gefängnis, Degradation; Unteroffizier Hoffmann vom preussischen Feldartillerie-Regiment Nr. 63 ein Jahr Gefängnis und Degradation (693 Fälle von Mißhandlungen); Unteroffizier Finkenjey vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 159 ein Jahr Gefängnis, Degradation (500 Fälle von Mißhandlungen). In Bayern ist der höchstbestrafte Unteroffizier der Unteroffizier Heim vom 3. Infanterie-Regiment, der einjährige (!) Mißhandelte und dafür zu fünf Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt wurde. In Sachsen wurde am höchsten bestraft der Unteroffizier Zsch vom Feldartillerie-Regiment Nr. 64 mit drei Monaten Gefängnis.

Die „Haupthelden“ des letzten Quartals 1903 waren die Unteroffiziere Reibel und Franzh. Ersterer malträtierte seine Opfer am liebsten im Hemd, befahl ihnen, sich gegenseitig am Gesichtsteil zu halten; letzterer folterte seine Leute nicht nur mit den bekannten „Mitteln“ der deutschen Kaserne, sondern er pumpte sie auch noch an. Die Knüppel, mit denen er sie schlug, nannte er Friedrich Wilhelm und Friedrich der Große.

Was die im Jahre 1903 überhaupt zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangten Soldatenmißhandlungen betrifft, so wurde die Verteilung von

#### 206 Vorgesetzten

bekannt. An Freiheitsentziehung wurden verhängt

71 Jahre 6 Monate 28 Tage!

Dabei ist zu bedenken, daß die Allgemeinheit nur ungefähr den dritten Teil der gerichtlich abgeurteilten Soldatenquälereien erfährt. Hat doch der preussische Kriegsminister von Einem im Reichstag erklärt, daß vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903 in der deutschen Armee nicht weniger als 627 Vorgesetzte, darunter 50 Offiziere (!) wegen Mißhandlungen gerichtlich bestraft wurden. Und weiter ist nicht zu vergessen, daß der größte Teil der Mißhandlungen überhaupt nicht zur Anzeige kommt.

#### Die ostasiatische Kriegsgefahr.

Noch ist es in Ostasien zu keinerlei Zusammenstoß gekommen, aber die Gefahr eines solchen steht bevor, falls sich die Nachrichten über die letzten Truppenbewegungen der beiden Mächte bestätigen sollten. Bekanntlich soll Japan fest entschlossen sein, zwei Divisionen in Korea zu landen. Dieser Operation will Rußland den Weg nach dadurch begeben, daß es ein russisches Jägerregiment in Stärke von 4000 Mann gleichfalls nach Korea einschiffte. Diese Landungstruppen sollen von Wladivostok abgegangen sein, und zwar, wie man vermutet, auf dem 12000 Tonnen-Dreuzer „Gromoboi“. Japan, so wird weiter gemeldet, werde wahrscheinlich diesen Transport abzufangen suchen. Rußland scheint fast etwas Derartiges zu befürchten, da nach einer Reuters-Nachricht familiäre russische Kriegsschiffe in Wladivostok in See gegangen sind, vermutlich um dem Truppentransport als Dedung zu dienen. Die Gefahr einer Eröffnung der Feindseligkeiten durch die beiderseitige Marine liegt also vor.

„Wischewija Wjedomosti“ schreiben über das Ausrücken des Schützenregiments nach Korea, dieses Vorgehen beseitige jeglichen Zweifel an der Festigkeit der russischen Politik in Ostasien und stimme vollständig mit der Erklärung überein, welche die russische Regierung 1898 an die Regierung von Korea habe ergehen lassen. Das Blatt weist darauf hin, daß es in dieser Erklärung heißt, Rußland werde sich jeglicher Einmischung in die Angelegenheiten Koreas enthalten, solange Korea im Stande ist, ohne fremde Hilfe die innere Ordnung und seine Unabhängigkeit zu wahren. Sollte letzteres jedoch nicht der Fall sein, werde Rußland im eigenen Interesse gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen. Der Augenblick für solche Maßnahmen sei nun gekommen.

#### Die russische Antwort

auf die japanische Note soll nunmehr nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ angekommen sein und unbefriedigend lauten. Am Freitag finde deshalb eine dringliche Beratung des japanischen Kabinetts statt.

Der Tokioer Korrespondent des „Standard“ meldet: Man darf annehmen, daß die Antwort Rußlands an Japan bei der russischen Gesandtschaft in Tokio am 3. d. Mts. eingegangen, aber der japanischen Regierung bisher noch nicht zugestellt worden ist.

Toulon, 7. Januar. Der Kommandant des Kreuzers „Jully“ soll, wie dem „Figaro“ gemeldet wird, von dem gegenwärtig in Nizza weilenden Marineminister telegraphisch den Befehl erhalten haben, sich zur Fahrt nach Ostasien bereit zu halten.

New York, 7. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Telegramm aus Tokio meldet, der Kaiser empfing den früheren Gouverneur der Philippinen Taft und zog ihn zum Frühstück zu. Im Laufe der Unterhaltung sagte er, er wünsche, daß man in Amerika wisse, daß Japan ernstlich und geduldig bemüht sei, den Frieden aufrechtzuerhalten.

New York, 7. Januar. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) Nach einem Telegramm aus Seoul landete die aus 30 Mann bestehende Wache zum Schutze der russischen Gesandtschaft in Tschernulpo: die japanische Eisenbahndirektion weigerte sich jedoch, sie nach Seoul zu befördern.

#### Deutsches Reich.

Zur Vertagung der deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen. Der Streit darüber, ob in den Verhandlungen der deutschen und russischen Kommissare nur eine Störung oder eine Unterbrechung oder gar eine „Vertagung bis auf weiteres“ eingetreten sei, wird in liberalen Blättern mit einer seltamen Ernsthaftigkeit fortgesetzt, als handle es sich um eminent wichtige Unterschiede. Die „National-Zeitung“, die gestern noch von einer „Vertagung“ nichts wissen wollte, schreibt heute:

„Der Termin für die Fortführung der deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen steht, wie schon mehrfach hervorgehoben, noch nicht fest. Möglicherweise wird er durch die Zusage der russischen Unterhändler in Rom noch etwas weiter hinausgeschoben. Wenn der Handelsvertrags-Berein in seiner gestern wiedergegebenen, im übrigen zutreffenden Mitteilung von einer dritten Lesung spricht, so ist dieser Ausdruck mißverständlich. Es muß daran erinnert werden, daß von einer dritten Lesung im technischen Sinne noch lange nicht die Rede ist. Bekanntlich sind die im November hier in Berlin gepflogenen Verhandlungen aus äußerlichen Gründen unterbrochen worden, da führende Persönlichkeiten der russischen Unterhändler zur Anwesenheit in Petersburg genötigt waren. Die längere Dauer der Unterbrechung wurde dann zunächst durch die Feste in beiden Ländern bedingt. Wenn nun in absehbarer Zeit die Fortsetzung in Petersburg beginnt, so handelt es sich, wie gesagt, bei weitem noch nicht um die dritte Lesung, da die sogenannte zweite Lesung in Berlin überhaupt noch nicht bis an den Poltarif gedrungen war, sondern sich bisher nur mit dem Gesetzes-Text beschäftigt hatte.“

Ueber den Unterschied zwischen einer „Vertagung“ und einer „längeren Unterbrechung“ der Verhandlungen wollen wir mit der „National-Zeitung“ nicht streiten. Uns interessiert nur, daß sie sich zugeben genötigt sieht, die sogenannte „zweite Lesung“ des Vertrages in Berlin wäre überhaupt noch gar nicht bis zur Vertagung des neuen deutschen Zolltarifs vorgebrungen, sondern

in den russischen Bedenken über das dem Tarif vorausgehende „Zollgesetz“ stecken geblieben: eine Angabe, die mit den Mitteilungen der russischen offiziellen Presse völlig übereinstimmt. Welcher Paragraph des „Gesetzes“ kann es aber sein, der so sehr die russischen Bedenken erregt, daß sie nicht über ihn hinwegkommen? Wir wählten nur einen, den § 1, der von den Getreide-Minimalzöllen handelt. Demnach haben die langen in Petersburg und Berlin abgehaltenen Sitzungen sich nur um den § 1 gedreht, und doch wählten die offiziellen deutschen Blätter von einem guten Fortgang der Vertragsverhandlungen zu erzählen. Es ist wirklich zum Lachen.

Bezählter Ruhm. Simon Wlad hat von der dankbaren Stadt Berlin für ein Legat ein Denkmal bekommen, obwohl er sein Geld durch gewisse Uebertreibungen des Zinssystems erworben hat und auch sonst kein Heiliger gewesen ist.

Warum sollte da ein Freibier v. Stumm sich nicht ein Denkmal leisten können, wie es dem größten Denker und Künstler noch nicht beides gewesen ist! Seine Erben haben's dazu, den Mann, dessen Arbeiterhass nur noch pathologisch erklärt werden konnte, berühmt zu machen. So wird denn, wie ein Organ des Zentralverbandes ankündigt, bei D. Eisner in Berlin eine Biographie Stumms erscheinen, die nicht weniger als dreizehn Bände umfassen soll! So weit hat es weder Goethe noch Beethoven noch Kant in unserm Vaterlande gebracht; allerdings haben die genannten Personen auch weder Arbeiter ausgebeutet und geknechtet, noch Nickelstahlpfannen für Panzerstifte zu Wucherpreisen dem teuren Vaterlande aufgehängt.

Inzwischen wenn die 13 Bände wahrheitsgemäß die Dokumente des gemeingefährlichen öffentlichen Einflusses bringen würden, die der Industriefreier namentlich im letzten Jahrzehnt seines Lebens ausgeübt hat, so wäre dieser biographische Papierauswurf nicht vergebens. Leider aber ist dazu keine Hoffnung. Auch den toten Königen des Kapitals wird nicht die Wahrheit gesagt.

Der Gesekentwurf betr. die Kaufmannsgerichte ist am Donnerstag vom Bundesrat in der Form beschlossen worden, wie ihn der vorbereitende Ausschuss vorschlug. Ob die Kaufmannsgerichte nach dem Entwurf an die Gewerbegerichte angegliedert werden sollen oder ob ein anderer Weg eingeschlagen wird, ist noch nicht bekannt.

Kanal und Zuchtstaud. Graf Kanitz hatte in seinem Neujahrsgedicht an den Grafen Bülow die Parole ausgegeben: Erst das Zuchtstaudgeißel, dann die Kanalvorlage. Wir hatten darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei jener tollen Konstruktion um eine echte junckerliche Verhöhnung der Regierung und anderer Stellen handelte.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die an dem Mittelkanal interessiert ist, lehrt nun den III. um und „beweist“, daß ohne den Kanal die Sozialdemokratie gefördert würde, wie Graf Kanitz mit erster Miene dargelegt hatte, wie durch den Kanalbau die Sozialdemokratie neue Stärkung erhalte. Die „Rh.-Westf. Ztg.“ aber argumentiert:

„Wird der Dortmund-Rhein-Kanal — gegen diesen richtet sich Graf Kanitz insbesondere — nicht bald gebaut, dann ist die westliche Industrie nicht mehr in der Lage, mit andern Ländern, die über billigere Transportwege verfügen, zu konkurrieren, dann müssen Einschränkungen der Betriebe eingeführt und Arbeiter entlassen werden, dann tritt das Gespenst der Not an Tausende und Abertausende Arbeiter heran. Was wird aber aus diesen, wie nun einmal die Verhältnisse liegen, werden? Soweit sie noch nicht zur Unzufriedenheit gehören, werden sie zu ihr übergehen, so weit sie aber schon seit Jahren mit Haß und Wut gegen die bestehende Gesellschaftsordnung erfüllt sind, werden sie nun, wo die bittere Not sie treibt, zum äußersten bereit sein.“

Es wird notwendig, ein Gesetz zum Schutze des roten Gespenstes baldigt zu schaffen; wenn man das Gespenst derartig überanstrengt, wird es bald so erschöpft sein, daß es selbst die ältesten Annen und die jüngsten Neutenants nicht mehr zu erschüttern vermag.

Im Wahlkreis Schwesche-Schmalzkoben stellen die Deutschsozialen den früheren Reichstags-Abgeordneten Raab-Hamburg auf. Raab vertrat von 1898—1903 den Wahlkreis Hensburg, den ihm unsere Partei am 10. Juni abnahm. Nun will er sein Glück anderswo versuchen.

#### Eine Revolutionierung der Uniform der ganzen Armee

soll nach der von uns gestern bereits wiedergegebenen Meldung der „Völk. Ztg.“ bevorstehen. Mit dem 27. Januar soll eine neue Grundfarbe für die Waffenröde der ganzen Armee eingeführt werden, und zwar soll die neue Uniform derjenigen der Jäger zu Pferde ähneln.

Dieses Projekt wäre eher geeignet, in weitesten Kreisen Beunruhigung hervorzurufen, als die Einführung der neuen Offiziersmantele, welche die „treuesten Stützen des Thrones“ in eine so maßlose Aufregung versetzt hat.

Wie sieht nun die geplante neue Uniform aus?

Der „Vorwärts“ druckte im Juni v. J. ein Zirkular ab, das den Wirten verschiedener Städte zugegangen war. In diesem Zirkular machte das Trompetercorps der Jäger zu Pferde den Wirten eine Geschäftsofferte. Das aus einer Konzerttournee befindliche Trompetercorps bot den Wirten seine Dienste an, wobei es besonders auf seine „neue Kleidung“ Uniform hinwies, die „überall Aufsehen erregt“ habe und „das Publikum anlocke“. Diese Uniform bestehe aus grünem Waffenrock (Stoller), grüner Hose und weißer Mütze, eventuell auch in weißen Hosen und langen gelben Kürassierstiefeln. Das Honorar für das Konzert koste in langen grünen Hosen 250, in langen gelben Stiefeln 300 Mark. Wie man daraus ersieht, handelt es sich nicht um die Einführung der durch die moderne Kriegsführung bedingten Vereinfachung der Uniform, um die Befestigung alles Blühenden, Blühenden, Grellfarbigen, und dessen Erziehung durch ein schlichtes, bodenfarbiges Kleidungsstück, sondern um eine romantische Paradeuniform, die der bisherigen Uniformierung an Unzeitgemäßheit in nichts nachsteht.

Die Einführung dieser neuen Uniform ist ja nun freilich nicht so einfach, wie die des neuen Offizierspaletots. Die Uniformen der Mannschaften werden vom Volke bezahlt, ihre Kosten müssen vom Reichstag bewilligt werden. Und es wäre ja sehr sonderbar, wenn Centrum und Konservative, die schon die neuen Offiziersmantele in eine so tolle Oppositionshöhe versetzt haben, die Kosten für die neue Uniform des ganzen Heeres bewilligen würden!

Wir sagen an, was die „Post“ unter „Wahlrechtsreform“ heute bekennt:

„... Nicht um Reform dieses (des preussischen Wahlrechts), sondern um Reform des Reichs-Wahlrechts handelt es sich in dem Sinne, daß öffentliche Stimmabgabe, allgemeiner Census und indirekte Wahl eingeführt wird. ... Als einziges Korrektiv wurde (bei der Einführung des Reichs-Wahlrechts) die Diätenlosigkeit eingeführt, welche neben der Mißverhältnis-Frage die conditio sine qua non für den Abschluß der gesamten Verfassungsfrage bildete. Darum kann auch füglich nicht die Rede sein von der Gewährung von Diäten ohne gleichzeitige Revision des ganzen Reichs-Wahlrechts.“

Wir sagen Dank für das offene Wort!

Ein trunkenes Weis! Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer in Trier der Särreiber Schmitt zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der 33jährige Mann war betrunken, als er die majestätsbeleidigende Äußerung that.



Welche Bewertung für den Monarchismus, daß der alte Mann nun für seine trüben Aeußerung auf acht Monate unschädlich gemacht wird. Warum ist der Mann nicht auch Offizier geworden und beschäftigt sich lieber mit Soldatenmischhandlungen!

## Ausland.

### Frankreich.

#### Millerands Ausschluß aus der Seine-Föderation

Behandelt Gérault Richard in einem Leitartikel der „Petite République“. Er mißbilligt den Ausschluß. Einige Zeit, schreibt er, habe es gegläutert, als ob die Ausschlußmanie nicht mehr in der Partei wüte, diese Annahme sei nun durch Millerands Ausschluß widerlegt.

Wolle man vernünftig über den Ausschluß urteilen, so müsse man sich den Sachverhalt vergegenwärtigen.

Der Ausschluß sei erfolgt, weil Millerand bei der Abstimmung über den Abstrichungsantrag des Deputierten Hubbard gegen diesen und für die Tagesordnung des Ministers Delcassé gestimmt habe. Hubbard habe verlangt, daß die Regierung den Mächten einen Vorschlag unterbreite, wonach eine allgemeine Herabsetzung der Rüstung einzutreten hätte. Darauf hatte Delcassé erklärt, daß die französische Regierung, sofern eine andre europäische Nation die Initiative hierzu ergreife, sich dieser gern anschließen werde, aber daß es ihm unmöglich sähme, daß Frankreich, die besiegte Nation, mit dem Vorschlage hervortreten könne. Für diese ministerielle Erklärung hatte Millerand gestimmt, während, so schreibt Gérault Richard, „wir, wie ich glaube, unser 61 waren, die diese (Delcassés) Erklärung ablehnten, indem wir uns vorbehalten, für den Antrag Hubbard zu stimmen, da wir auch erbittert waren über die Schauspielerlei des Farceurs de Vergues, der wieder einmal das Vaterland gerettet hatte...“

Auf Grund dieser Abstimmung sei die Gruppe, der er angehört, aufgefordert worden, der Seine-Föderation Erklärungen abzugeben. Diese Gruppe habe sich geschlossen mit ihm solidarisch erklärt, worauf der Ausschluß erfolgt sei.

Gérault Richard sucht nun klar zu machen, daß Millerand weder gegen das Programm, noch die sozialistische Doktrin verstoßen habe, denn die sozialistische Partei erstrebe wohl die Aufrichtung des internationalen Friedens, aber durch eine gleichzeitige Abrüstung. Der Artikelschreiber führt weiter an, daß Millerand schon im Jahre 1893 in einem Vortrag und im Jahre 1895 in der Kammer diese seine Auffassung geäußert habe, ohne daß man ihn damals ausgeschloffen habe. Er selbst (Gérault Richard) stimme in diesem Punkte mit Millerand nicht überein, er sei der Meinung, daß Frankreich auch als die besiegte Nation bei diesem großherzigen Schritt den Vortritt nehmen könne, aber an einen Ausschluß deswegen habe er nicht gedacht. Gerade eine Partei, die sich schmeichle, den andern in der Entwicklung und dem Fortschritt voranzugehen, bedürfe der Mannigfaltigkeit der Anschauungen. Sie verknüpfere, wenn sie die Geister in eine engherzige Disziplin einschüme.

Etwas dunkel ist der Schluß des Artikels von Gérault Richard, in welchem es heißt:

„Millerand giebt bekannt, daß er bei dem Partei-Kongreß keine Vernehmung einlegen werde. Ich bedauere das, denn diese ein wenig leichte Hinnaahme eines ungerechten Beschlusses läßt befürchten, daß er sich vielleicht im Geheimen darüber freut, daß er die Fesseln, die ihn bedrückten, losgeworden. Er hatte ohne Zweifel den sozialistischen Familiengeist (l'esprit de famille socialiste) verloren. Sein Name blieb unter uns, sein Herz und seine Gedanken waren anderswo. Ich glaube dies wenigstens und ich glaube mich nicht zu irren.“

Die Beweisführung Gérault Richards vermag uns nicht einzuleuchten. Man mag den Wert des Antrags Hubbard so hoch oder so niedrig einschätzen, wie man will — und wir deutschen Sozialdemokraten halten ja bekanntlich nicht viel von den Abrüstungskonferenzen der Regierungen — er war jedenfalls ein Vorschlag gegen den Chauvinismus und mußte als solcher von jedem Sozialisten unterstützt werden. Millerand unterstützte durch sein Stimmverhalten gerade die chauvinistische motivierte Erklärung Delcassés, die sich gegen den Antrag Hubbard richtete.

Ebenso wenig Verständnis besitzt die deutsche Sozialdemokratie für die Säwärmerei Gérault Richards für eine Disziplinslosigkeit „unabhängiger“ Geister, die die sozialistischen Prinzipien für sie nicht für bindend erachten. Es wäre im Gegenteil sehr wünschenswert, wenn auch der jauchende Parteiflügel endlich einmal eine geschlossene und einheitliche parlamentarische Aktion in wahrhaft sozialistischem Sinne durchzuführen vermöchte.

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

#### 1. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Januar 1904, nachmittags 5 Uhr.

In der heutigen ersten Sitzung des neuen Jahres hat sich die Versammlung neu zu konstituieren.

Zuvor findet die Einführung der neu- bzw. wieder-gewählten Mitglieder durch den Ober-Bürgermeister Kirchner statt.

Es sind in den Ergänzungswahlen wiedergewählt worden: in der III. Abteilung die Stadtv. Singer, Stadthagen, Bruns, Borgmann, Ewald, Augustin (Soz.); Fried, Ragggraf (A. L.); Gerike (Fr. Fr.).

Neugewählt wurden in der dritten Abteilung die Stadtv. Cigarrenhändler Antrid, Buchbinder Schneider, Cigarrenhändler Koyke, Sekretär Schubert, Eigentümer Gründel (Soz.), Hotelier Leis (A. L.).

Heute sind 51 Stadtvorordnete einzuführen. Der bisherige Vorsteher Dr. Langerhans entbietet den Anwesenden einen Neujahrsgruß und veranlaßt darauf die Kollegen Alt, Wiese, Bernstein, Dugle, Heimann und Ladewig, die Einführung zu bewirken.

Oberbürgermeister Kirchner: Hochverehrte Herren! Ein neues Jahr ruft zu neuer Arbeit. Sie sind bereit, diese Arbeit zu leisten, und sind deshalb heute hier erschienen, um sich nach der Städte-Ordnung als Stadtvorordnete der Königl. Haupt- und Residenzstadt Berlin durch Handschlag an Eidesstatt verpflichten zu lassen. Die Arbeit, die Ihrer wartet, ist groß an Umfang, groß an Inhalt. Nicht nur, daß die laufenden und bisher schon von der städtischen Verwaltung besorgten Geschäfte infolge des Anwachsens der Bevölkerung dauernd sich steigern — durch unsre Zeit geht ein mächtiger Zug, den städtischen Verwaltungen das Arbeitsfeld zu erweitern und ihnen neue bedeutungsvolle Aufgaben zuzuwenden. Da gilt es, in unserem großen Gemeinwesen und insbesondere in diesem Saale den Beweis zu führen, daß der alte Bürgerinn, durch den die Städte und insbesondere die großen Städte zu ihrer Bedeutung emporgewachsen sind, noch fortlebt; da gilt es, zu zeigen, daß die Selbstverwaltung, die sich nunmehr nahezu durch hundert Jahre in den städtischen Verwaltungen bewährt hat, im Stande ist, auch dieses größte deutsche Gemeinwesen sachgemäß und gut zu verwalten und die neuen Aufgaben, die an dasselbe herantreten, gründlich zu lösen. Wie soll das erreicht werden? erreicht durch die Mitwirkung so vieler nach ihrer Bildung und ihrem Entwicklungsstande, nach ihren Berufen und Interessen, nach ihrem religiösen Bekenntnis und ihrem politischen Parteistandpunkt verschiedener Arbeitskräfte? Nur dadurch, daß alle nach ihren Fähigkeiten und Anlagen e i n e m Ziele zustreben, daß alle bei ihren Handlungen und Beschlüssen nur e i n Interesse ohne jede Nebenrücksicht verfolgen: das Wohl der Stadt-

gemeinde, und daß sie dieses Ziel zu erlangen suchen im Rahmen der Landesverfassung, auf den von der gegenwärtigen Gesetzgebung gewiesenen Wegen und mit den von ihr bezeichneten Mitteln, und zwar trotz aller Verschiedenheit und trotz aller geistigen Kämpfe in bürgerlicher Eintracht und bürgerlichem Frieden. (Beifall.) Lassen Sie bei allen Ihren Entschloßungen sich nicht leiten von irgend welchen Lehrmeinungen oder irgend welchen Autoritäten, lassen Sie sich nicht bestimmen von irgend welchen Zielen oder irgend welchen Zwecken, welche außerhalb der städtischen Verwaltung und ihrer Interessen fallen; suchen Sie sich Ihr Urteil zu bilden nur auf Grund eigener Anschauungen und eigener Wahrnehmungen, heraus aus dem eigenen, durch fremde Interessen nicht geschwächten Pflichtbewußtsein. (Beifall.) Dann wird es in Zukunft wohl bestellt sein um unsre Stadtgemeinde und, soweit Sie dazu mitwirken haben, wohlbestellt um Staat und Reich. (Lebhafte Beifall.)

Die Eingeführten werden hierauf vom Oberbürgermeister einzeln aufgerufen und durch Handschlag in Pflicht genommen.

Der bisherige Vorsteher Dr. Langerhans richtet auch seinerseits an die Wieder- und Neugewählten einige begründende Worte. Er weist darauf hin, daß die Stadtvorordneten im Gegensatz zu den Parlamenten das Recht haben, in der Stadtverwaltung ihre Vorschläge auch durchzuführen und in die Praxis überzuführen; er betont unter anderem die gesteigerten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Stadt auf hygienischem Gebiete und redet der Eintracht und dem Streben nach Verständigung das Wort. Dann fährt er fort: Um eins aber bitte ich Sie: Lassen Sie uns in Ruhe fedten (Geistesfreiheit), lassen Sie die persönlichen Anfechtungen, wenn einer noch was so Dummes sagt. (Stürmische Geistesfreiheit.) Angriffe können Sie widerlegen, Sie dürfen aber nie beleidigen. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Dr. Neumann nimmt als Senior der Versammlung das Wort, um dem abtretenden Vorstand den Dank für seine Thätigkeit auszusprechen.

Hierauf schreitet die Versammlung zur Wahl des Vorstehers, die unter der Leitung des bisherigen Vorsteher-Stellvertreters vor sich geht.

Stadtv. Rämpf (A. L.) beantragt, den bisherigen Vorsteher Langerhans durch Acclamation wiedergewählen.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Wahl erfolgt einstimmig.

Stadtv. Dr. Langerhans: Ich nehme die Wahl mit Dank an. Ich hoffe, daß Sie in mir wenigstens das Bestreben gefunden haben, sich Berechtigung zu üben. Es kommen ja Momente in der Debatte vor, wo der Vorsitzende eingreifen muß; ich glaube, Sie haben wohl erkannt, daß ich, wenn ich auch nicht immer das Richtige getroffen habe, doch immer von immer Wahrheitsliebe durchdrungen gewesen bin und danach meine Entscheidungen getroffen habe. Ich denke, meinem Charakter treu zu bleiben. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Langerhans übernimmt darauf den Vorsitz. Man geht zur Wahl des Vorsteher-Stellvertreters über.

Stadtv. Rämpf beantragt, auch den bisherigen bewährten Inhaber dieses Amtes, Herrn Michélet, durch Acclamation wieder-zuwählen.

Stadtv. Borgmann (Soz.) widerspricht und schlägt den Stadtv. Singer vor.

In der nun folgenden Zettelwahl wird entgegen der Geschäftsordnung der Namensaufruf unterlassen und erfolgt lediglich das Einsammeln der Zettel. Die Versammlung genehmigt jedoch nachträglich einstimmig das eingeschlagene Verfahren.

Es sind 128 Stimmzettel eingegeben. 92 lauten auf Michélet, 31 auf Singer, 1 auf Kommsen, 1 auf Fried; 3 sind unbeschrieben. Stadtv. Michélet ist wiedergewählt.

Die drei Beisitzer und die drei Stellvertreter sollen in je einem Wahlgange gewählt werden.

Stadtv. Gassel schlägt die Wiederwahl der drei Beisitzer Gerike, Fried und Friederici vor.

Stadtv. Singer schlägt Borgmann für einen der drei Posten vor.

Aus der somit notwendig gewordenen Zettelwahl gehen als gewählt hervor: Gerike mit 109, Fried mit 97, Friederici mit 91 Stimmen. Borgmann erhält 40, Fritsch 5, Blische und Liebenow je 1 Stimme. Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Zu Stellvertretern schlägt Stadtv. Gassel vor, die Herren Liebenow und Törmer wieder- und für Herrn Blische, der bedauerlicherweise die Wiederwahl ablehnt, Herrn Fritsch neuzuwählen.

Stadtvorordneter Singer schlägt auch hier den Kollegen Borgmann vor.

Es werden gewählt Liebenow, Törmer und Fritsch mit 95, 95, 77 Stimmen; Borgmann erhält 42 Stimmen, Kollsdorf 1.

Damit ist der Vorstand konstituiert. Der Vorsteher bringt beim Eintritt in die Geschäfte des neuen Jahres das übliche Kaiserhoch aus, in welches die Mitglieder der bürgerlichen Parteien stehend einstimmen.

Auch im Jahre 1904 sollen die ordentlichen Sitzungen der Versammlung Donnerstags, nachmittags 5 Uhr, stattfinden. Die Beschlußfassung über die Neuwahl der ständigen Ausschüsse, über die Abordnung von Mitgliedern in die Deputationen und Kuratorien sowie über die Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder behufs der Ausführung von Recherchen wird auf Vorschlag des Vorstehers durch einen Ausschuss von 15 Personen vorbereitet werden, der vor Beginn der nächsten Sitzung gewählt werden soll.

Diejenigen Ausschüsse und gemischten Deputationen, die den ihnen 1903 erteilten Auftrag zur Vorbereitung einzelner Gegenstände noch nicht erledigt haben, sollen fortbestehen; für die Ausgeschiedenen soll durch die korrespondierenden Abteilungen Ersatz gewählt werden, welche im vorigen Jahre die betreffenden gewählt hatten.

Um 1/8 Uhr tritt die Versammlung in die Erledigung der sachlichen Geschäfte ein.

Die Verdoppelung der Umsatzensteuer für bebauten Grundstücke und für Baustellen ist von dem niedergeschloffen Ausschusse mit 8 gegen 4 Stimmen angenommen worden.

Auf Vorschlag des Stadtv. Kommsen wird dieser Gegenstand angesichts der vorgerückten Stunde von der Tages-Ordnung abgesetzt, aus demselben Grunde der Ausschussbericht über die auf die Krankenpflege für Kinder und Syphilitische bezüglichen Anträge Nathan und Landau.

Dem auf Antrag Singer gefassten Versammlungsbefchlusse, in gemischter Deputation über Maßregeln zur Herabminderung der Sänglingssterblichkeit zu beraten, hat der Magistrat sich angeschlossen. Nach seiner Ansicht soll die Deputation auch die statistischen Ermittlungen betreffs der Sterblichkeit der städtischen Waisenkinder überhaupte einer Prüfung und Bearbeitung unterziehen. Hierzu wird die Zustimmung der Versammlung nachgesucht.

Die Zustimmung wird ohne Debatte erteilt.

Der Magistrat überreicht das Verzeichnis derjenigen Bauten, deren Errichtung auf den städtischen Miesfeldern im Jahre 1904 beabsichtigt wird, und sucht das Einverständnis der Versammlung mit der Errichtung derselben unter dem Vorbehalt der Vorlegung spezieller Projekte und Kostenanschläge nach. Auch soll die Versammlung sich damit einverstanden erklären, daß mit der Anfuhr von Baumaterialien im Laufe des Winters begonnen wird, wenn dadurch vor dem 1. April 1904 keine Kosten in Rechnung gestellt werden.

Stadtv. Gemann (Fr. Fr.) bemängelt die Dringlichkeit der Motivierung dieser Forderungen und die verspätete Einbringung der Vorlage, und bittet den Magistrat eindringlich, sich in letzterer Beziehung zu bessern. Angesichts der Dringlichkeit will er indessen der Genehmigung nicht widersprechen.

Nach kurzer Debatte wird nach dem Magistratsantrage beschlossen.

In einer besonderen Vorlage kommt der Magistrat auf die

Anforderungen zurück, die die Stadtv. Dr. Freudenberg und Hoffmann (Soz.) gelegentlich der Debatte über die Anträge Nathan-Landau, betreffend die Errichtung einer Station für Syphilitische im Krankenhaus Moabit am 5. November vorigen Jahres gefasst haben. Stadtrat Weigert hatte die Zahl der im Obdach verfügbaren Betten für Geschlechtskranke auf 411, nämlich 278 für prostituierte Frauen und 133 für Männer angegeben, wovon am 4. November 197 bzw. 133 belegt gewesen wären. Stadtv. Hoffmann hatte sich unmittelbar nach dieser Angabe telefonisch bei der Obdachverwaltung erkundigt und den Bescheid erhalten, daß an jenem Abend, 6. November, 130 Betten für Männer und 120 für Frauen, zusammen 250 verfügbar wären. Auf nochmalige Anfrage war ihm dies mit dem Hinzufügen bestätigt worden, daß zwei Männer und zwei Frauen wegen Ueberfüllung hätten abgewiesen werden müssen. Diese Mitteilungen trug Stadtv. Hoffmann sodann in der Versammlung vor und schloß seine Bemerkungen mit dem Satze:

„Nun überlasse ich es der Öffentlichkeit, zu beurteilen, wo die Zahlenjongleure sitzen.“

Der Magistrat teilt nunmehr, „da diese Angaben, welche kurz vor Schluß der Sitzung gemacht wurden, in derselben nicht mehr widerlegt werden konnten“, der Versammlung mit, daß nach dem am folgenden Tage eingeforderten Bericht des Inspektors des Städtischen Obdach die dortige Station für Geschlechtskranke 133 Betten für Männer, 278 Betten für Frauen, in Summa 411 Betten zählt, davon belegt am 5. November früh 133 und 197, so daß diese Zahlen sich mit den vom Stadtrat Weigert gemachten Angaben decken.

Stadtv. Bernstein (Soz.): Daß gewisse Vorlagen einen sehr pikanten Beigeschmack haben, zeigt dieser Gegenstand der Tagesordnung. Nach der Vorträge hatte ich das Gefühl: „Die Verge kreifen und es kommt eine lächerliche Maus heraus.“ Es ist mir eine besondere Freude, den Hebel hier anzufassen an den Zuständen, wie sie im Städtischen Obdach auf der syphilitischen Station herrschen. Diese Station stellt keinen Raummittel für die Verwaltung dar. Das Wärterpersonal springt ganz unglaublich mit den Patienten um. Die Männer, die dort aufgenommen werden, hält man für Zuhälter, die Frauen für Straßendimen. Es darf nicht der Gedanke aufkommen, daß die Versammlung stillschweigend solche Zustände siontionierte. Ich fordere sie auf, dagegen einzugreifen. Die Verantwortung für das, was geschehen ist, was den Unmut des Magistrats erregt, wird zum größeren Teil von mir getragen. Ich war es, der sagte: 411 Betten? Unmöglich! Und Kollege Hoffmann erbot: Unmöglich! Wir fragten telefonisch an, und die Auskunft ist Ihnen bekannt. Wer hat nun recht, Herr Weigert oder wir? Wir haben noch am Abend des Sitzungsabends die Station zu revidieren und die Zahl der Betten festzustellen gesucht. Der Magistrat hat seine Stellung durch diese Vorträge nicht verbessert. Der Stadtrat ist eben falsch informiert gewesen und wir appellieren von dem schlecht unterrichteten Magistrat an den besser zu unterrichtenden. Es sind im Obdach 132 Betten für Männer, 178 für Frauen, außerdem je 1 zum Umbetten; denn existiert dort noch eine sogenannte Fürsorge-Abteilung für die Mädchen, welche gar nicht für die andre Abteilung in Betracht kommt. Da waren 43 Betten belegt. In einem andern Saale waren nicht einmal Strohsäcke vorhanden. Die Zahlen des Herrn Weigert können also nicht richtig sein. Der Saal war aufs äußerste belegt, der Raum zwischen den einzelnen Betten war viel zu gering. Inspektor und Wärter, die uns bei der Zählung unterstützten, haben betont, daß 2 Frauen abgewiesen worden waren am Tage wegen Platzmangels. (Hört! hört!) Herr Weigert zählt 278 Betten für Frauen, auf sonstige 100 Betten scheint es gar nicht anzukommen, es waren nur 178. Es hätten ja sonst noch 81 Betten zur freien Verfügung dagewesen sein müssen! Dann ist der Analekkt: 81 stehen zur freien Verfügung, und dabei sind zwei Frauen abgewiesen worden! Nun ist der Herr in der Kammer, sucht sich heraus zu bringen, unternimmt mißglückte tollische Verlegenheits-Mandöver, welche ich ihm nicht übernehme, aber die nur erweiternd wirken durch ihre forcierte Sarkastik. Der Verfasser der Vorlage sollte sich doch mit Adam Niese und den vier Spezies mehr vertraut machen. (Unruhe.) Mit der Station ist durchaus kein Saal zu machen; auch der Inspektor sagte, daß die Verdoppelung von zwei heterogenen Funktionen nicht angebracht sei, das Obdach sei für wohnungslose Leute, nicht für Geschlechtskranke. In dem großen Kampfe gegen die Syphilitischen brauchen wir Ihre Unterstützung, wir wollen die hauptstädtische Bevölkerung vor Verjudung bewahren; stimmen Sie uns bei, sorgen Sie für die Errichtung eines großen Krankenhauses für diese Kranken! (Beifall.)

Stadtrat Weigert: Ueber die Zustände im Obdach habe ich kein Wort gesprochen. Ich habe nur gesagt, 133 und 278 Betten sind da. Darauf hat Herr Hoffmann als Souffleur von Bernstein oder ungelehrt, gesagt, es seien nur 130 resp. 120 Betten da. Der Inspektor, amtlich sofort um Auskunft erucht, hat dieselben Zahlen gemeldet, welche ich Ihnen angegeben hatte. Ich glaube, die Herren würden nun erklären, sie hätten sich geirrt. Ich habe, als ich in der vorigen Sitzung hörte, man würde doch versuchen, sich weiß zu waschen, auf neue Auskunft geordert; dieselbe bejaht, daß ein Bureaugehilfe, der damals noch Keuling war, die irrthümliche Angabe gemacht habe. Der Inspektor hat bestätigt, daß diese irrthümliche Angabe gemacht sei. Der Inspektor giebt heute, wie vor 8 Wochen, 278 Betten als die Zahl der Betten an. Da unternimmt es Herr Bernstein, mich heute zum zweitenmal Lügen zu strafen! Ich muß das mit Enttäuschung zurückweisen. Welches Interesse sollte die Inspektion haben, mehr Betten anzugeben, als wirklich da sind? Ich bedauere, daß heute noch mit dieser Strenge dem Magistrat Unwahrheit vorgeworfen wird.

Stadtv. Hoffmann: Zu der letzten stützigen Entrüstung des Herrn Stadtrats liegt gar keine Veranlassung vor. (Unruhe und Zustimmung.) Wenn Sie sich entrüsten wollen, bitte genieren Sie sich gar nicht. Der Stadtrat sagte, ich hätte von den Zahlenjongleuren gesprochen. Ich habe nicht gesagt, daß der Stadtrat der Zahlenjongleure ist, ich bin überzeugt, daß er unrichtig unterrichtet ist, und diese Ueberzeugung habe ich heute noch. Wenn solche Behauptungen aufgestellt werden, kann auch sehr leicht bis zum andern Tage Wandel geschaffen werden, daß dann die genügende Zahl von Betten da ist. (Vorsteher - Stellvertreter Michélet: Sie dürfen einem Magistratsmitgliede nichts Derartiges unterstellen!) Ich habe nur gesagt, seine Zahlen stimmen nicht mit denen überein, die wir vorgefunden haben. Es sind 81 Betten mehr angegeben worden, als da waren; es war ein Saal da, da sollten schon Bettstellen drin sein; aber es waren noch keine Strohsäcke da. Wenn 81 wirkliche Betten vorhanden waren, wie kann man dann zwei Frauen abweisen? Man hätte sie ja dann zu Unrecht abgewiesen. Man soll uns doch nicht ein A für ein U machen; ich bedauere, daß man angesichts dieser Zustände noch die Strenge hat, zu behaupten, es wären 81 Betten mehr da. Dort draußen sind so skandalöse Zustände, daß es so nicht mehr weitergeht; vielleicht wird einmal die Polizei darauf aufmerksam, daß auf der Station die Frauen und die Kinder der Obdachlosen dazwischen geklemmt sind. Diese Zustände sind der Stadt Berlin unwürdig.

Stadtrat Fritsch: Ich bestätige, daß an jenem Abend 278 Betten vorhanden gewesen sind und die Möglichkeit vorhanden war, diese zu benutzen. Wir haben heute 173 geschlechtskranke Weiber da. 278 Stellen sind zu belegen, also ca. 105 freie Stellen. Wenn ich so großen Ueberfluß habe an freien Betten, dann ist es nicht nötig, daß diese Betten für und fertig gemacht dastehen, sondern es kommt nur darauf an, daß die Materialien vorhanden sind. (Aha! und Bewegung.) Wenn 30 bis 40 Betten dastehen, die jeden Augenblick Kranke aufnehmen können, dann liegt es sogar im Interesse der Verwaltung, diese Materialien vernünftig aufzubewahren und nicht herumliegen zu lassen. Was die beiden abgewiesenen Männer betrifft, so leugnen wir nicht, daß solche Fälle vorkommen können. Wenn Herr Hoffmann in der letzten Sitzung der Deputation gewesen wäre, würde er wissen, daß wir beschloffen haben, Baracken im Freien aufzustellen. Was die beiden Frauen an-



geht, so erkläre ich mir das sehr leicht. Wir leiden drauhen daran, daß da weniger mehr wäre, weil wir das Bestreben haben, sogenannte freie Frauen nicht unter die geschlechtskranken Frauen zu fenden, so haben wir oft 100 Betten frei, aber wir können da bloß 100 Prostituierte hineinlegen. Bei dem Arrangement, welches wir vorhaben, werden wir hoffentlich auch dem entgegen treten können, indem dann die Station für freie Frauen erweitert werden kann. Es ist ein Uebergangsstadium; der vorhin ausgesprochene Wunsch wird ja im Virchow-Krankenhaus zur Erfüllung gelangen. Aber bis dahin müssen wir uns zu behelfen suchen. Die Angriffe Herrn Hoffmanns die „skandalösen Zustände“ betreffend bemerke ich, daß uns ja die Polizei kontrolliert und sie sieht diese Zustände nicht als so skandalös an. Wenn Herr Vernein sagt, die Männer behandle man als Zuhälter, die Frauen als Dirnen, so ist daran richtig, daß tatsächlich unter dem dortigen Material sehr viel Zuhälter sind und daß diese Gesellschaft es uns sehr schwierig macht, die Station aufrecht zu erhalten.

Stadt. Cassel: Ich verstehe gar nicht, wesswegen diese Debatte einen solchen Raum eingenommen hat. In der Vorlage ist nur von den Ziffern die Rede; wir aber sind hier in eine Debatte über die Zustände im Obdach geraten, eine Debatte, in welche wir über 8 Tage bei dem Antrag Rathen wieder geraten. Die Zeit der Versammlung ist doch auch wichtig und Rücksicht darauf geboten. Stadtrat Weigert hat die richtige amtliche Auskunft gegeben; von Gerumdrücken kann da gar keine Rede sein.

Stadt. Singer: Nachdem Stadtrat Fischel sich eingehend über diese allgemeine Frage verbreitet hat, können wir den Wünschen des Herrn Cassel nicht mehr entsprechen. Alles, was Herr Fischel gesagt hat, spricht für die schließliche Befestigung der Station im Obdach. Es war von vornherein kaum zu begreifen, wie ein städtisches Obdach mit einer Station für Geschlechtskranke verquickt werden konnte. Es war inzwischen Zeit genug, diese Veränderung zu bewirken. Der Trost des Verweises auf das Virchow-Krankenhaus reicht nicht weit, denn die fünfshundert Betten dort, genügen nicht entfernt dem Bedürfnis. Geht es durchaus nicht anders, so schaffen Sie Rieteräume an anderen Stellen, aber aus dem Obdach muß die Station heraus. Die Klagen über die moralische Qualität vieler der Insassen mögen berechtigt sein; unsre Beschwerde geht dahin, daß die Leute alle über einen Kamm geschoren werden. Dagegen haben charakteristischweise die Stadträte keinen Widerspruch erhoben. Nach dem Zeugnis zahlreicher Ärzte, nicht bloß aus meiner Partei, sehen die Patienten den Tag der Entlassung als den Tag der Erlösung an (Mühe: Selbstverständnis). Weiter! — der Erlösung aus einer Behandlungsweise, wie sie nicht sein sollte. (Große Unruhe.) Stadtrat Fischel hat uns heute den sachlichen Bericht gegeben, den Herr Weigert, der Chef der Verwaltung, damals hätte geben müssen; dann wäre der ganze Streit nicht entstanden. Damals mußten wir aber unter dem Eindruck stehen, daß die Zahlen des Herrn Weigert die berechtigenden, sofort benuzbaren Betten umfassen. Beide Auskünfte, die wir bekommen haben, sind demnach richtig. Mit Recht mußten wir damals fragen: Wie konnten vier Personen abgewiesen werden, wenn 81 Betten über Bedarf vorhanden waren? Heute erst haben wir darüber Aufklärung erhalten. Herr Weigert kann nur sich selbst die Schuld an dem Vorfall beimessen, weil er damals die Sachlage nicht erschöpfend klargestellt hat. Sie haben kein Recht, von der eisernen Stirn zu sprechen, mit der hier falsche Behauptungen aufgestellt seien. Ich verstehe nicht, wie man die eiserne Stirn haben kann, so zu thun, als ob überhaupt gar nichts zuzufassen wäre. (Weißfall bei den Socialdemokraten.)

Oberbürgermeister Richter: Es hat gegen eine amtlich gegebene Auskunft eines Magistratsmitgliedes Herr Hoffmann den Vorwurf der Unwahrheit erhoben, lediglich gestützt auf eine telephonische Erkundigung, die nur einen Hilfsbeamten erreichte; mit dieser Information wurden die amtlichen Zahlen zweimal für falsch erklärt. Ich will mich jedes Wortes der Kritik über dieses Vorgehen enthalten, — einzelne Menschen haben ja eine verschiedene sittliche Auffassung. (Sehr gut!) Ich würde nicht für korrekt halten, auf Grund solcher Materials den Vorwurf der Unwahrheit zu erheben. Die Angaben des Stadtrats sind wahr, die des Herrn Hoffmann unwahe gewesen. Der falsch informierte hätte sich also beruhigen sollen, statt dessen aber kommen hier Deduktionen, die ich nicht ernst nehmen kann, die auf ein bloßes Verschiedenpiel hinauslaufen. Die Wahrheit ist bestritten worden auf Grund einer Information, die ganz unzulänglich und auf einem Wege erreicht war, der gar nicht hätten betreten werden sollen. Es ist keine Art, sich in solchen Fällen an die untergeordneten Verwaltungsstellen zu wenden; dann läßt sich überhaupt nicht mehr diskutieren. Um das festzustellen, haben wir diese Vorlage gemacht. (Weißfall.)

Stadt. Hoffmann: Der Oberbürgermeister sagt, meine Zahlen sind unwahe gewesen. Der Stadtrat hat ja vorhin selbst nachgewiesen, daß mir meine Zahlen wörtlich so vom Bureau gegeben sind, und wenn dort abends um 7 Uhr, wo das Obdach am meisten in Anspruch genommen wird, kein Beamter ist, so überlasse ich das Urteil darüber der Öffentlichkeit. (Lachen.) Verstehen und ich haben sofort am selben Abend festgestellt, daß die uns gegebenen Zahlen nicht ganz richtig waren, sondern daß etwas mehr Betten da waren, nachdem man die Kleiderkammer usw. leer gemacht und die Betten eng zusammengedrückt hatte. Diese richtige Zahl stand schon am nächsten Morgen zugleich mit dem Bericht im „Vorwärts“. Jetzt will man auch noch die Räume daneben mit Geschlechtskranken belegen! Dagegen haben wir ja immer protestiert. In der Abteilung sitzen rechts und links von den Betten der Geschlechtskranken die Kinder der Obdachlosen und hören und sehen den ganzen Tag alles an, was da vorkommt — vom Säuglingsalter bis zu zehn und vierzehn Jahren (Lachen) befinden sich dort die Kinder — Ihnen würde das Lachen vergehen, wenn Ihre Kinder dort wären (Unruhe). Laut Ausschlag sollen sich im Obdach Geschlechtskranke melden, und thun sie es, so macht man ihnen hier einen Vorwurf daraus! Die Stadt Berlin sollte sich schämen, Kinder mit Geschlechtskranken in so enge Verührung zu bringen! (Große Unruhe, Weißfall bei den Socialdemokraten.)

Stadt. Dr. Landau (A. L.): Die 278 Betten sind zwar verfügbar, aber nur für Prostituierte. Ich bitte aber dringend, auch die 20 Betten für freie Kranke aus dem Obdach herauszubringen.

Stadtrat Fischel bezieht sich dem Stadt. Hoffmann gegenüber auf seine vorherigen Ausführungen. Die Anmietung von Räumen für diese Station hat sich als unmöglich erwiesen. Das Bureau habe mit dem Betriebe des Obdachs doch nichts zu thun.

Stadt. Vernein: Es bleibt bestehen, daß zwei Frauen wegen Ueberfüllung abgewiesen sind. Betten ohne Strohsäcke sind keine benutzbaren Betten. Der Oberbürgermeister hat von der Verschiedenheit der sittlichen Auffassung gesprochen. Zwischen unserer Gedankenwelt und der heutigen besteht eine tiefe Kluft (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit); die sittlichen Begriffe eines Mannes, der in tagtäglichem Kontakt mit der breiten Masse des arbeitenden Volkes steht, sind andere als die des andern, der sich auf dem glatten Parkett des Hofes bewegt. (Gelächter bei der Mehrheit.)

Stadt. Cassel: Ich habe bisher immer geglaubt, die Regeln der Sittlichkeit seien überall dieselben; wir machen da keinen Unterschied nach Ständen. Innerhalb derselben Klasse kann man sittlich verschieden denken. Daß Herr Hoffmann wissentlich die Unwahrheit gesagt hat, hat niemand behauptet.

Damit schließt die Diskussion. Die Versammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Zur Beratung steht sodann die Vorlage wegen Eingemeindung des Gutsbezirks Pläthensee nach Berlin. Von den Stadtv. Antr. u. Gen. und vom Stadt. Ballast ist Ausschussberatung beantragt.

Nachdem Stadt. Wallach (A. L.) seinen Antrag kurz begründet, führt

Stadt. Stadthagen (Soz.) an, daß es eigentlich besser wäre, diese Vorlage glatt abzulehnen. Sie sei die wertvollste Eingemeindungsvorlage, die man sich denken könne; die Kosten ständen nicht im entferntesten Verhältnis zum Nutzen für die Stadt Berlin. Die Gutsbezirksgemeinde Pläthensee sei von allen Gemeinden um Berlin herum die am schlechtesten gestellte, und eingemeindet werden solle nur ein Teil, wo überhaupt kaum Gensiten wohnen! Früher habe der Magistrat solche Eingemeindungen perhorresziert; woher diese Sinnesänderung? Dem Rathd. Kreis ein Gesicht zu machen, sei keine Veranlassung. Im Ausschusse würde man aber vielleicht näheres erfahren über die Stellung des Magistrats.

Stadt. Dins (A. L.): Wir stehen der Vorlage durchaus sympathisch gegenüber, weil sie der Abrundung Berlins dient und die Errichtung von Straßenbahnen fördern würde. Wir haben aber auch nichts gegen Ausschussberatung.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Nach Erledigung einiger weiterer kleiner Vorlagen wird die Sitzung nach 1/10 Uhr geschlossen.

## Aus Industrie und Handel.

Die Entwicklung der Hamburger Reederei. Die bisher haben auch zum Schluß des vergangenen Jahres wieder die Herren Loosbuh und v. Appen in Hamburg eine Statistik der Schiffsbestände der Hamburger Reederei aufgenommen. Nach diesen Aufstellungen bestand die Hamburger Flotte mit Ausnahme der Hochseefischerfahrzeuge zu Beginn der nachfolgenden Jahre aus:

Schiffe	Netto Reg.-Tonn	Dampfer	Netto Reg.-T.	Segler	Netto Reg.-T.	
1904 ..	972	1 245 635	508	984 076	374	291 560
1903 ..	914	1 174 118	566	918 822	347	295 178
1902 ..	864	1 086 686	531	943 921	338	242 682
1901 ..	793	988 854	486	748 435	307	239 508
1900 ..	725	856 716	437	638 007	286	218 882
1899 ..	691	765 636	396	545 701	295	216 935

Wie die Zusammenstellung zeigt, ist in den letzten beiden Jahren, vornehmlich aber im letzten, die Zunahme der Tonnage hinter der Vergrößerung in den vorausgegangenen Jahren etwas zurückgeblieben; während im Jahre 1900 der Netto-Tonnengehalt der Hamburger Flotte um rund 132 000 und im 1901 um 88 000 Tonnem zugenommen hat, stieg im Jahre 1902 die Tonnage nur um 88 000 und im 1903 um 71 000 Tonnem. Die Abnahme erklärt sich aus dem Abgang der Frachter, der die Reedereien bestimmte, nur so weit für neue Tonnage zu sorgen, als ihre Konkurrenzfähigkeit erforderte; so waren zu Beginn des Jahres 1901 30 Dampfer mit einem Netto-gelalt von 106 460 Tonnem im Bau, 1902 32 Dampfer mit 145 960 Tonnem, 1903 dagegen nur 26 Dampfer mit 96 972 Tonnem, und am 1. Januar des neubeginnenden Jahres gar nur 14 Dampfer mit 68 700 Tonnem.

Die Vermehrung der Hamburger Flotte ergab sich durch Zugang von 42 Segelschiffen, überwiegend kleineren Fahrzeugen, bei einem Abgang von 26 Schiffen, ferner durch einen Zugang von 57 Dampfern, bei einem Abgang von 25 Dampfern.

Zur Ergänzung sei noch angeführt, daß die Anzahl der registrierten Hamburger Hochsee-Fischerfahrzeuge am 1. Januar betrug:

1904	129 = 3807	Netto-Registert-Tonn
1903	122 = 3753	
1902	130 = 4100	
1901	140 = 4384	

Deutscher Stahlwerks-Berband. Hier in Berlin begann gestern die Konferenz zwischen den Vertretern der rheinisch-westfälischen und der schlesischen Eisenerze über die Gründung des geplanten Stahlwerks-Berbandes. Vor der allgemeinen Sitzung hielten die Mitglieder des ober-schlesischen Stahlwerks-Berbandes und der Laurahütte eine Vorberatung ab, um sich über die von ihnen zu stellenden Bedingungen und ihre Anteilforderungen zu verständigen. Nachmittags folgte darauf die Verhandlung mit der Kommission des Stahlwerks-Berbandes, bestehend aus den Herren August Thyssen, Direktor Lob vom Eisen- und Stahlwerk Hoehe und Direktor Meyer von der Hütte und dem Feiner Stahlwerk. Daß bereits in dieser Konferenz eine Einigung erzielt wird, scheint fraglich, da, wie verlautet, die Ansprüche, welche die ober-schlesischen Werke in Bezug auf den Produktionsanteil stellen, über dasjenige Maß, welches die westdeutschen Werke langedieren wollen, beträchtlich hinausgehen.

Deutsche Reichsanleihen. Die bei der Auflegung der letzten Reichsanleihe hervorgetretenen Mißstände hatten die Regierung veranlaßt, verschiedene Vertreter der Hochfinanz zu einer Besprechung über den bei künftigen Anleihen zu befolgenden Modus einzuladen. Die Beratung fand gestern im Reichshaus statt. Erhöhten waren Vertreter des Reichshausamts, der Reichsbank, des preussischen Finanzministeriums, der Seehandlung, der Deutschen Bank, der Diskontogesellschaft und der Firmen Mendelssohn u. Co. und S. Bleichroder. Ueber den Verlauf der Besprechung ist bisher nichts Authentisches bekannt geworden, da dieselbe einen streng vertraulichen Charakter trägt.

Gegen das Weiblich-Syndikat richtet sich eine vom Vorstand der Vereinigung der Weiblich-Verbraucher erlassene Einladung, durch welche die Mitglieder des Verbandes, der mehr als 500 Betriebe umfaßt, auf den 9. Januar zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammenberufen werden. Es soll der Versammlung eine Denkschrift über das Weiblich-Syndikat vorgelegt werden, die als Unterlage für die Sachverständigen der Vereinigung bei der Kartell-Enquete im Reichshaus des Innern dienen soll, ferner soll vorgeschlagen werden, einen gemeinschaftlichen Einlauf englischer Weibliche bewährtester Marken durch Vermittelung eines bedeutenden Kommissionshauses zu betreiben, um, wie es in der Einberufung heißt, bei der unklaren Behandlung, welche die Reklamationen der Verbraucher bei dem Weiblich-Syndikat erfahren haben, den praktischen Nachweis zu führen, daß die deutsche Weiblich-Industrie nicht darauf angewiesen ist, sich der Willkür des deutschen Syndikats auch fernerehin zu beugen.

Kartell-Enquete. Als besondere Beilage zum „Deutschen Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Regierung den sehr umfangreichen Bericht der Verhandlungen über die rheinisch-westfälischen Kohleisen-Syndikale vom 30. November und 1. Dezember 1903 im Reichstagsgebäude zu Berlin. Wir werden später auf die Ergebnisse der Verhandlungen zurückkommen.

Das Resultat der italienischen Konvertierung.

Rom, 5. Januar. Bekanntlich schließt das Gesetz vom 17. Dezember die Wohlthätigkeits-Anstalten, die Staatrenten bezieher, von der Konvertierung der 4/3-prozentigen in 3/4-prozentige Konfols aus. Dieser Umstand ist dafür verantwortlich, wenn die Resultate der Russischen Konvertierung sich am Ende der Rechnung sehr mager ausnehmen. Anstatt eine Jahresersparnis von etwa 18 Millionen zu bringen, bleibt kaum eine solche von 3 Millionen.

Am Tage der Konvertierung wurden aus 4/3-prozentigen Konfols im ganzen 61 023 464 Lire Renten bezogen. Diese verteilte sich in folgender Weise:

Wohlthätigkeitsanstalten	30 053 000
Staatsanstalten	29 082 000
Barren	815 000
Andere öffentliche Anstalten	4 585 000
Privatpersonen	1 063 000
Summe	61 548 000

Die nicht persönlich intestierte Rente betrug: 4 480 000. Hünf Sechstel der Rente ist also entweder nicht der Konvertierung unterworfen oder ihre Konvertierung entlastet den Staat nur scheinbar, da Zahler und Empfänger ein und dieselbe Person sind. Auch die den öffentlichen Anstalten zu zahlende Rente ist zum Teil von der Konvertierung ausgeschlossen, da sich Waisen- und Invalidenrenten darunter befinden. Es bleibt dem Staate nur eine jährliche Er-

sparnis von etwa drei Millionen womit sich jedenfalls nicht die großen Sprünge machen lassen, die Giolitti in Aussicht gestellt hat. Jetzt wird Luzzatti auch an die Konvertierung der fünfprozentigen Rente gehen, die entweder gradweise oder sofort auf 3/4-prozentige herabgesetzt werden soll.

## Soziales.

Zur Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine will die „Sociala Praxis“ aus unanfechtbarer Quelle erfahren haben, daß diese Frage „seit einigen Monaten amtlich geprüft wird“. Sie spricht in einem Artikel, der sich mit dieser Angelegenheit sowie mit den Fragen des Koalitionsrechts überhaupt befaßt, im Hinblick auf die demnächstigen Reichstagsverhandlungen die Hoffnung aus, es würden vom Bundesrätischen Erklärungen kommen, die Hand und Fuß haben. Wir fürchten, die „Sociala Praxis“ hofft vergebens, wenn ihre Hoffnung auf Erklärungen über den Beginn einer ernsthaften Socialpolitik gerichtet ist.

Gegen die Schwindkassen soll die Regierung, wie gemeldet wird, vorzugehen beabsichtigen. Danach sei eine Verfügung erlassen worden, daß demnächst alle Vereins-Kassen von ihrer Lebensfähigkeit einer Prüfung zu unterziehen seien. Die hiermit betraute Kommission besteht aus den Herren Versicherungs-Generaldirektoren Balzer, Dr. Deisenberg, Dr. Bloch-Röll, F. Bergemann-Krausfurt a. R. und A. Raumann-Bremen, sowie dem Gymnasial-Übersetzer Vorog in Weipen.

Es wäre für die Öffentlichkeit wichtig, zu erfahren, welche Gesichtspunkte bei dieser Prüfung maßgebend sind. Bekanntlich handelt es sich bei den Schwindkassen meist um recht junge Gründungen und das Kennzeichnende dieser Art Kassen ist das Verfahren bei der Gründung und die Verwaltungsmethoden; darauf ist das Hauptgewicht bei der Prüfung zu legen.

## Fürsorge-Erziehung mit Stodhieben.

Die „Rheinische Zeitung“ berichtet über eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht in Köln aus der hervorgeht, daß die preussische Fürsorge-Erziehung mit Stodhieben ausgeübt wird. Wir lassen hier aus dem Bericht die Vernehmung des der Vernehmung angeklagten Fürsorge-Füglings, des 20 Jahre alten Schmiedelehrlings Jakob Trimborn folgen.

Er war angeklagt, zu Freimord bei Brauweiler am 9. September 1903 den Direktor Schellmann, einen Aufseher und zwei Hilfsaufseher durch die Worte, er werde jeden niederlegen, der ihn antreibe, sowie einen Rufmann durch die Worte, er sei der erste, den er in Köln durch seine Freunde kalt machen werde, mit der Begehung eines Verbrechens bedroht zu haben. Der Angeklagte wendet ein, er sei derart in Wut geraten, daß er nicht wisse, was er gethan habe und zwar aus folgendem Grunde: Im Februar ist in der Anstalt eine neue Strafe, die Prügelstrafe, aufgekomen. Der Direktor stellte mir frei, ob ich sechs Wochen Arrest oder Stodhiebe haben wollte und jagte, ich solle die Stodhiebe annehmen, das sei besser. Um 4 Uhr wurde ich von sechs Aufsehern geholt und in einen Raum geführt, wo die Strafe vollzogen werden sollte. Ich wurde auf einen Bod festgeschnallt. Als ich da lag, wurde ich erst gewahrt, daß die Strafe aus nackte Gesicht vollzogen werde, und ich erhielt Hiebe auf den Oberschenkel bis an den Gesäßsteil, so daß das Bein bis anstößt. Ich wollte mich dieserhalb an die Regierung wenden, was aber abgelehnt wurde. Ich war immer isoliert. Als der Landeshauptmann kam, beschwerte ich mich bei ihm; der aber sagte, das könne unmöglich von den Hieben herrühren. Der Landeshauptmann sagte, ich sollte in eine Abteilung zu den andern kommen. Am nächsten Tages kam der Arzt in die Abteilung. Der Arzt fragte, was das an meinem Beine sei. Ich sagte, ich sei mißhandelt worden. Unser Vorsteher sagte zu einem Aufseher, er solle mich wieder aus der Abteilung thun. Später eilerte mein Bein, und es war mir auch auf die Augen geschlagen. Der Arzt fragte mich einmal, was ich an den Augen hätte, er meinte aber, das sei nichts. Nun sollte ich zum Militär eintreten. Der Major fragte mich, was ich an den Augen habe; ich konnte gar nicht sehen. — Vorfragender: Nun werden Sie nicht zu weisshändig. Wie war das am 9. September? — Angell.: Am 6. September stand ich am Fenster, da sprach ein Aufseher mich an: wem ich nicht vom Fenster gehe, schlage er mich herunter. Am folgenden Tage kam der Oberaufseher Schmitz und fragte, was ich gestern gemacht habe, und er sagte, wir seien alle raffinierte Schmeichele. Zwei Tage nachher kam der Oberaufseher Schmitz mit vier Aufsehern an meine Zelle und sagte, ich solle einmal hinausgehen, es wolle jemand mit mir sprechen. Als ich die vier Aufseher da stehen sah, merkte ich gleich, was los war, sprang wieder in meine Zelle und nahm etwas in die Hand. Ob ich etwas gefagt habe, weiß ich nicht. Der Oberaufseher Schmitz setzte mir den Degen auf die Brust und die andern zogen ihren Säbel, ich konnte nichts machen. Der Aufseher A. Schlag mit seiner Klinge über mich auf Hals und Arm. Es kann sein, daß ich in meiner Wut etwas gefagt habe.

Die Angaben des Angeklagten wurden durch die nachfolgende Zeugenvernehmung bestätigt. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

Die Einrichtung der Fürsorge-Erziehung wird als eine sociale That gefeiert, die den Zweck haben soll, verwahrloste Kinder und junge Leute vor dem Verfallen ins Verbrechen zu bewahren. Um diesen Zweck zu erreichen, muß aber eine wirksame Erziehung eintreten. Die Veranschaulichung der Füglinge durch Stodhieben hat mit Erziehung nichts zu thun, das sind Justizhandmethoden und auch da durch die Erfahrung längst als nicht nur nutzlos, sondern direkt schädlich erkannt. Wird die Fürsorge-Erziehung mit solchen Mitteln geübt, dann ist ihr Effekt nur, daß unbestrafter Menschen schlimmer behandelt werden wie Verbrecher und daß die Füglinge es vorziehen werden, sich durch Begehung strafbarer Handlungen Gefängnisstrafe zuzuziehen; sie sind dann wenigstens vor Stodhieben sicher. Welche Wirkung die Prügel auf das Gemüt eines Menschen ausüben, das zeigt ja die Schilderung des Trimborn. Die Fürsorge-Erziehung mit Stodhieben ist keine sociale That, sondern eine Barbarei, die das Jugendhaus noch übertrumpft.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Rußlands Antwort.

Petersburg, 7. Januar. (W. T. V.) Das auswärtige Amt erhielt heute die telegraphische Nachricht aus Tokio, daß Baron v. Rosen gestern die Antwort Rußlands auf die japanische Note dem japanischen Kabinett überreicht hat.

### Vor der Entscheidung.

Washington, 7. Januar. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) Der amerikanische Gesandte in Seoul telegraphierte dem Staatsdepartement, daß die russischen Seelente, denen die Japaner die Weiterreise von Nakhulpo nach Seoul auf der Eisenbahn verweigerten, zu Fuß Seoul erreicht haben.

Tokio, 7. Januar. (W. T. V.) Hier ist in amtlichen Kreisen im Gegensatz zu den in Europa verbreiteten Gerüchten weder von einer Landung japanischer Truppen in Masampo, noch von einer derartigen Absicht etwas bekannt. Die Meldung einer angeblichen Befehung dieses Hafens seitens Japans ist eine Erfindung.

### Frauen in staatlichen Beamten.

Kristiania, 7. Januar. (W. T. V.) Die Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach welchem Frauen in staatlichen Beamten angestellt werden können, wenn sie die Bedingungen erfüllen, die nach der Verfassung für Männer vorgeschrieben sind, und die für die fraglichen Beamten erforderlichen Eigenschaften besitzen. Ausgeschlossen sollen die Frauen jedoch von einzelnen Beamten wie der Gensicht, der Polizei sowie im Konsulat- und Militärdienst, bleiben.

Paris, 7. Januar. (W. T. V.) Von Parlements-freunden Ribots wird erklärt, daß letzterer bisher die ihm angebotene Kandidatur für das Präsidium der Kammer abgelehnt habe.



Die Schweiz im Jahre 1903.

Zürich, 1. Januar. (Fig. Ver.) Das vergangene Jahr war auf dem Gebiete der Politik sehr bewegt. Der Jahreswechsel fiel in eine doppelte Referendums-Campagne, die einmal gegen den neuen Zolltarif und sodann gegen das Maulkratten-Gesetz gerichtet war.

Zu der zweiten eidgenössischen Volksabstimmung vom 31. Oktober erlitt die Reaktion eine vernichtende Niederlage. Mit mächtigen Mehrheiten wurden das Maulkratten-Gesetz, die Wahlzahl-Initiative und der mittelständische Zehnliter-Artikel, der den Wirten ein Monopol schaffen wollte, verworfen.

Am Schluss des Jahres ist die berühmte lex Schibestralli, ein Verbot, auf Wunsch Italiens die schweizerische Pressefreiheit zu beschränken und auch in dieser Beziehung die Schweiz zu einer italienischen Provinz zu machen, noch in der Schwebe.

Erwähnt sei der Vollständigkeit halber die im vergangenen Jahre in der eidgenössischen Militärverwaltung aufgedeckte Korruption, der sich auch mehrere Fälle der bürgerlichen Verwaltung zugesellten. Einen vernichtenden Schlag erhielt die Reaktion auch im Kanton Zürich mit der wuchtigen Verwerfung des das Volk entrechtenden und die Außersüßler Socialdemokraten unterdrückenden Verwaltungsgesetzes für die Stadt Zürich in der Volksabstimmung, an dem auch die „Berühmte Demokratie“ im Kantonsrat bis auf den letzten Mann mitgearbeitet hatte.

Auf sozialpolitischem Gebiete sind zu erwähnen das Volksschul-Gesetz, das revidierte Ruhetags-Gesetz für die Eisenbahner, Postler usw., ferner das neue Arbeiterrinnenschutz-Gesetz des Kantons Aargau. Das allgemeine Wirtschaftsleben war wie auch in Deutschland etwas besser als in den Jahren 1900 bis 1902, und infolge dieser Besserung waren auch die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital wieder zahlreicher, leider aber nur zum Teil für die Arbeiter erfolgreich.

Die socialdemokratische Partei hat in Genf die Vertreibung in der Regierung verloren, jedoch war dieser Verlust unter den obwaltenden Umständen mehr ein Gewinn als eine Enttäuschung. Das neue Programm ist noch in der Arbeit, der Entwurf dürfte in den nächsten Monaten an die Öffentlichkeit gelangen. Beim Jahreswechsel steht die Partei vor mehreren wichtigen politischen Aufgaben: Der Parteitag in Olten hat die Aufstellung eines Initiativgebührens betreffend die Beschränkung der jährlichen Militärtausgaben auf 20 Millionen frank beschlossen, jedoch hat sich nachträglich gezeigt, daß sich unvorhergesehene Schwierigkeiten ergeben, so daß möglicherweise sich damit noch der nächste Parteitag beschäftigen muß.

Ueberblick über das Jahr 1903.

Rom, den 31. Dezember. Es ist anscheinend eine unendbare Arbeit, das Facit eines Jahres zu ziehen, dem es an großen entscheidenden Ereignissen gefehlt hat. Trotzdem verlohnt es der Mühe, es als Ganzes zusammenzufassen und zu überschauen. Wenn nicht große Geschehnisse zu verzeichnen sind, die als Meilensteine der Geschichte dienen, so gebührt es doch nicht an solchen, die trotz aller Unscheinbarkeit einen weittragenden Einfluß ausüben und vor allem findet man bei dieser Schlussüberblick des scheidenden Jahres gar manche Lehre und manche Ermahnung, die den teuren Preis, den man für sie gezahlt hat, eben nur dann wert werden, wenn man ihrer eingedenk bleibt.

Als das Jahr begann, war das liberale Ministerium schon lange über den Höhepunkt seiner Popularität hinaus. Seitdem hat es sich beständig in absteigender Linie bewegt, besonders vom März an, als sich die Socialisten und die gesamte äußerste Linke zur Opposition schlugen. Am tiefsten Punkt war das Kabinett im Juni angelangt, nach der Verwerfung der Marine-Enquete durch die Kammer. Giolitti demissionierte und gab den Anlaß zu einer Krise des gesamten Ministeriums, die aber zu keiner neuen Bildung des Kabinetts führte, sondern ziemlich kläglich mit der bloßen Abstoßung Giolittis und Bettolos endete. Das neue (zweite) Ministerium Zanardelli wurde von allen als ein Sommerministerium betrachtet, das nur den Jahresbesuch und die Reise des Königs nach Paris überleben sollte. Es hat diese Reise überlebt, aber gleich darauf auch unabhängig von der politischen Notwendigkeit, gab Zanardelli im Oktober seine Demission, da seine gebrochene Gesundheit ihm das Verbleiben in der Regierung unmöglich machte.

Die kurze Phase des Ministeriums Giolitti, die in diesem Jahr fällt, ist wohl noch in aller Gedächtnis. Das erwartete Kabinett der Linken, das Reformkabinett mit modernem Geiste hat der Premierminister nicht gegründet. Vielleicht hat er es zu gründen versucht, aber die Art, wie er sich dabei anstellte, die Zumutung, Turati und Sacchi mit Tittoni und Rofano unter einen Hut zu bringen, zeigt am besten Giolittis moralische Farbenblindheit, die ihm schon manchen schlimmen Streich gespielt hat. Er hat dann ein politisch zusammengewürfeltes, als Mischkinder der Linken, des Centrums und der Rechten bestehendes Kabinett gebildet, das — auch nachdem Rofano sich selbst aus dem Wege räumte — manche Erinnerungen an die Zeiten der römischen Kam-

standale erweckt und dem das ganze Land mit Bitterkeit und unendlicher Skepsis gegenübersteht.

So hat das letzte Jahr die thörichte Illusion eines Ministeriums, das die ganze mühselige Arbeit von unten herauf überflüssig machen und das Land von oben herab beglücken sollte, von Grund auf zerstört. Es hat das Volk gelehrt, im Kabinett nur das zu sehen, was es heute sein kann: der Interessensvertreter der Bourgeoisie.

Daß ein solches Jahr, während dem es dem Ministerium an einer zuverlässigen Parlamentsmehrheit fehlt, nicht zu legislativer Arbeit befähigt ist, liegt auf der Hand. Und in der That ist die Ausbeute aus diesem Gebiete recht spärlich. Wir haben kurz das Wichtigste hervor. Am 3. Februar trat das italienische Parlament der internationalen Konferenz von Brüssel bei, die vor der Hand für Italien, das nur wenig Exportiert, keine Bedeutung hat, in der Folge aber zu Gunsten der inländischen Konsumenten ausschlagen muß. Am 7. Februar wurde nach dreitägiger Diskussion mit ziemlich großer Mehrheit ein Gesetz zur Erhöhung der Hochschultaxen angenommen, das dem doppelten Zwecke dient, erstens das Defizit des Staates für das Unberufstätigenwesen zu verringern und die Dotations-Verhältnisse der Universitäten zu bessern, zweitens den ungeheuren Andrang aus den Schichten des Kleinbürgertums zu den freien Berufen zu mindern. Die Socialisten stimmten geteilt, in der Mehrheit gegen, in der Minderheit für die Erhöhung der Taxen. Ferner ist zu erwähnen ein Gesetz über die Herabsetzung des Ager romanus, das der Senat tischig verstimmt hat, und endlich die höchst wichtige, für das ganze Land bedeutungsvolle Konvertierung der Rente. Das Gesetz vom 17. Dezember verwandelt die 4 1/2 prozentigen italienischen Konfols in 3 1/2 prozentige, welche Maßnahme einerseits den Staat um Millionen entlastete, andererseits durch Herabsetzung des Zinsfußes das disponible Kapital mehr als bisher den landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben zuzuführen läßt. Begreiflicherweise fehlt es in einem Lande an Kapitalien für neue Unternehmungen, so lange die Anlage in Staatspapieren gleichzeitig die sicherste und profitabelste ist, wie bisher in Italien.

Wenn unter den erledigten Gesetzen nur diese wenigen der Erwähnung wert sind, so bleiben Entwürfe von großer Bedeutung, wie das Gesetz über die Sonntagruhe, über die Ehescheidung, über die Gleichstellung der weiblichen und männlichen Lehrer u. a. auf der Tagesordnung der Kammer.

Im innern Leben der Partei hat das Jahr 1903 bedeutende Wandlungen hervorgerufen, trotzdem es ein Jahr ohne Parteitag war, das noch ganz im Bannkreise des Kongresses von Smola stehen sollte. Die wichtigsten Ereignisse sind hier der Uebergang der socialistischen Parlamentsfraktion zur Opposition, der Ende März erfolgte, und der Rücktritt Bisfolatis von der Leitung des Centralorgans.

Der Uebergang zur Opposition ist von Fernstehenden und Gegnern kaum in richtiger Weise gewürdigt worden. Er erschien als ein Akt der Laune, als ein plötzlicher Einfall eines der maßgebenden Genossen, weil ein erkennbarer äußerer Anlaß nicht vorlag. In der That ist die plötzliche Umschwenkung der Partei lange und langsam vorbereitet, in der Masse selbst gereift und von der Masse selbst erzwungen worden.

Als die Fraktion auf den Vorschlag Turatis den Uebergang zur Opposition erklärte, führte sie gleichsam nur einen Befehl der großen Mehrheit der Genossen aus.

Die Uebernahme des „Avanti“ durch Ferri erfolgte im Mai, nachdem Bisfolati erklärt hatte, die Zeitung sei finanziell so schlecht gestellt, daß sie ihre Veröffentlichung einstellen müsse. Turati schlug vor, Ferri mit der Leitung zu betrauen und Ferri übernahm das Blatt, da die Einberufung eines Parteitages, dem allein die Entscheidung in der Frage zustand, materiell unmöglich war. Heute hat der „Avanti“ eine Auflage von 55 000 Exemplaren und eine durchaus gesicherte finanzielle Lage.

Auch der socialistischen Siege wollen wir eingedenk sein. Vor allem ist hier der von der Partei angeregten Volksbewegung bei der Verhaftung des Russen Gog zu gedenken, die Italien die Schmach erbrachte, dem russischen Heer Schergenendienste zu leisten. Ferner schloß die Campagne gegen den Jahresbesuch mit einem Siege unfrer Partei ab: der Jar blieb weg und wird kaum wieder Lust verspüren nach dem italienischen Himmel. Und wenn heute in dem Prozeß gegen Ferri soviel Unregelmäßigkeiten der Marineverwaltung zu Tage treten, die nie an die Oberfläche gelangt wären ohne die tapfere Anklage des „Avanti“, so dankt das Land dieses große Meinemachen in den dunklen Winkeln seines Verwaltungsbereichs der socialistischen Partei. Dieses heute erreichte Aergernis wird dem Lande auf Jahre hinaus zu gute kommen.

Was Siege von Bedeutung sind nicht zu verzeichnen, da bei den Wahlgängen die Partei nicht beteiligt war. Bei städtischen Wahlen erlangten die Socialisten die Mehrheit in Sestri Ponente, Bracciano und andern kleineren Orten; dagegen gingen mehrere Gemeinden, vor allem in der Emilia, der Partei verloren.

Von der Streikbewegung des Jahres 1903 ist nicht viel zu berichten. Es ist ein großer Rückgang in der Ausstandsbewegung eingetreten, der sich bis jetzt noch nicht zehlfachmäßig festlegen läßt. Auch hat das Proletariat zwei sehr schwere Niederlagen zu verzeichnen: die des römischen Buchdruckerstreiks im Frühjahr und die der Nordbahn-Arbeiter von Mailand im Herbst. Beide sind nach vielwöchentlichem Ausstande erfolgt, die römische Niederlage gar nach dreitägigem Generalstreik, und haben einen langen Scheitern von Wahrgelungen und Verlosigkeiten nach sich gezogen. Die bittersten Lehren dieses Jahres liegen auf diesem Gebiete. Eine große Ausstandsbewegung im Hafen von Genua wurde durch den Erlaß der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes über das Hafen-Konfiscationsgesetz für die Arbeiter günstiger Weise abgeschnitten. Siegreich war schließlich der große Landarbeiterstreik von Portomaggiore, bei dem die Landarbeiter sich heldenhaft gehalten und alle ihre Forderungen durchgesetzt haben.

Schließlich sei noch an den Tod Zanardellis erinnert, mit dem gleichsam die Ära des laffischen Liberalismus für Italien abschließt. Mit ihm ist ein Mann der alten Schule geschieden, rechtschaffen und aufrichtig, der auf seine Weise seinen Idealen diente. Die heute am Huber sind, dienen vor allem ihrem eignen Ehrgeiz und ihren eignen Interessen. Möge das neue Jahr ein Jahr der Abrechnung sein zwischen ihnen und dem Volke.

Partei-Nachrichten.

Centrumschwandel.

Durch die Centrumspreffe geht folgende Notiz: „Eine socialdemokratische Mutterwirtschaft, die wie dem „Vorwärts“ besonders empfehlen möchten, herrscht beim Neubau des socialdemokratischen Vergarbeiter-Verbandes in Böhmen. Die „Wesf. Volksztg.“ in Böhmen meldet darüber: „Zum zweitemal rufen die Arbeiter am Neubau des Verwaltungsgedäudes des alten (socialdemokratischen) Vergarbeiter-Verbandes an der Wiemelhauserstraße, am Silvesterabend legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder, da die getroffenen Abmachungen nicht gehalten worden waren.“ Der „Vorwärts“ wird ja um eine Antwort nicht verlegen sein, indem er wie gegenüber der Charlottenburger Korruption erklärt, es handle sich um eine höchst nebensächliche und persönliche Angelegenheit.“

Dem sei einfach die nachstehende Erklärung des Vergarbeiter-Verbandes entgegengesetzt:

„Wir haben die Vornahme dem Baumtnehmer Herrn Arty übergeben, der bisher alle eingegangenen Bedingungen getreulich erfüllt hat. Er wollte am Sonnabend, den 2. Januar, nicht arbeiten lassen und vom 4. Januar ab wollte er, wenn die Kälte so anhält, nur noch 9 1/2 Stunden arbeiten

lassen oder ganz aufhören, bisher wurde 10 Stunden (beim Verputzen) gearbeitet. Die Arbeiter wollten aber abhört am 2. Januar nicht feiern und auch nicht weniger als zehn Stunden arbeiten, weil beim Putzen eine zehntägige Arbeitszeit verabredet war. Es kam zu Auseinandersetzungen, namentlich wegen des Feierns am Sonnabend und schließlich legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder (Ausschließung besteht nicht). Heute, Montag, den 4. Januar, ist im Beisein einiger unserer Vorstandsmitglieder über die geringfügigen Streitpunkte eine Einigung erzielt und nachmittags 2 Uhr die Arbeit wieder allseitig aufgenommen worden. Der Verbandsvorstand hat also sofort eine Einigung der streikenden Parteien bewerkstelligt.“

Die Centrumspreffe thäte doch wirklich besser, sich um die An-gelegenheiten im Centrumslager zu kümmern. Wollte sie sich einmal mit den Ehrfeigen des Herrn Dosbach, mit den Unter-schlagungen des Herrn Kirchenlassierers Bogeno in Kachen und ähnlichen Fällen, mit dem jüngsten Münchener Weidwörterstreik, mit den ultramontanen Verlegern eines Jotenblattes in München, und mit all den Pfaffen beschäftigen, die aller Augenblicke dem Teufel Vitru verfallen, da hätte sie für andres überhaupt keinen Platz mehr in ihren Spalten.

Aus den Organisationen.

Für den Wahlkreis Sorau-Forst ist eine gemeinsame Vereinsorganisation geschaffen worden, die sich am Dienstag konstituiert hat. Sie soll den bei der Reichstagswahl wahr-genommenen Mängeln der Organisation abhelfen.

Im Wahlkreise Solingen erhöhte sich der Mitgliederbestand der socialdemokratischen Vereine im abgelassenen Jahre von 638 auf 1124 und die Abonnentenzahl des Parteiblattes von 4000 auf 6000.

In dem gothaischen Städtchen Walterhausen am Fuße des Thüringer Waldes haben unsere Parteigenossen seit einiger Zeit die Mehrheit im Stadiverordneten-Kollegium. Sie haben nunmehr an Stelle eines infolge Zeitablaufs ausgeschiedenen Senators (Stadt-rat), eines Fabrikbesizers, einen Parteigenossen gewählt. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch die Regierung.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Deutsche Rechtszustände. Während der Reichstagswahl Be-schlagnahme die Polizei in mehreren Fällen socialdemokratische Flug-blätter. In einem Fall erhoben die Verächter, denen die Flugblätter weggenommen worden waren, Beschwerde bei der Verwaltungs-behörde. Die Regierung in Arnberg erklärte die Beschlagnahme für ungerechtfertigt und stellte die zu Unrecht weggenommenen Druckschriften den Eigentümern zur Verfügung. In einem zweiten Falle wurden die Schriftvertheiler vor Gericht gestellt, jedoch von zwei Instanzen freigesprochen. Das Urteil ist rechtskräftig. Jetzt verlangten die Eigentümer, daß die Polizei ihnen die unrechtmäßig weggenommenen Druckschriften zu stellen soll. Das verweigert die Polizei und sowohl die Regierung in Arnberg wie der Ober-präsident und ebenso der Minister des Innern weisen die dagegen erhobene Beschwerde ab. Wenn die Eigentümer das Eigentum zurückhaben wollen, das ihnen die Polizei genommen, ohne daß sie selbst den geringsten Anlaß zu der Wegnahme gegeben haben, dann müssen sie sich Mühe und Kosten machen und es selbst von der Polizei abholen.

Gewerkchaftliches.

Crimmitschau.

Die Sympathie für die Ausständigen steigt.

Noch vor wenigen Wochen konnte man's überall lesen und hören: Die Arbeiter sind in Crimmitschau allein das Karmidell! Wer, außer der socialistischen Presse, hatte sich denn um die Entscheidung der ganzen Angelegenheit gekümmert? Die Redaktionen nahmen die Wochenschrift auf, die ihnen das Unternehmertum zusandte, und das bürgerliche Publikum nahm — wie immer — was in seinem Leis-blast stand, für bare Münze. Da aber stand es ganz deutlich zu lesen, daß die Unternehmer die bedauernswerten Wölfe waren, denen die boshaften Arbeiterkammer unten am Waage das Wasser getrübt hatten. Und das glaubte natürlich das politische und sociale Philisterrium, denn die Centenz, daß das Wasser nicht den Berg hinauffließt, ist bei diesem bisher nur in einige wenige erleuchtete Köpfe gedrungen. Zudem, die Geschichte von den bösen Arbeitern wurde so oft und mit solcher hegrimmigen Unschuldensneue vorgetragen, daß selbst mancher Vorkehrige sich behörren ließ. So oft und so frech ist wohl noch in keinem Kampfe gelogen worden, wie bei dem in Crimmitschau von Unternehmernseite.

Da kamen die Einigungsverhandlungen und nun erwortete natürlich jedermann zu lesen, daß die Arbeitgeber zum Frieden neigten, die „verhexten“ Arbeiter rundweg jede Einigung ablehnen würden. Es kam ungekehrt. Und nun erfuhr auf einmal auch die erlauchte Öffentlichkeit, daß die Arbeiter schon früher einer Einigung geneigt waren, die Unternehmer, so lange der Kampf dauert, dieselbe immer hintertrieben hatten. Man begann jetzt objektiver zu urteilen und heute kann man wohl sagen: Die Sympathie des großen Publikums ist auf Seiten der Ausgesperrten. Nur die Ausgehaltenen des Unternehmertums wagen noch von dessen Sanftmut und Güte, die sie ja an sich selbst erfahren, zu schwafeln, und schimpfen im Jargon ihres Gewerbes auf die unbanbaren Arbeiter, die sich nicht wie sie den Kapital-prozen unter Preisgabe ihrer Menschenwürde verkaufen.

Die Redaktion der „Christlichen Welt“ über Crimmitschau.

Die Redaktion dieses kirchlichen Blattes hat eine ganz andre Meinung über den Kampf in Crimmitschau als der Amtsbruder Schinl in Crimmitschau, dem sie das Wort gab und der vor allen Dingen in den Fabrikannten die Nächsten sieht, die er mit seiner christlichen Liebe zu überschütten hat. Wenn man den Brief dieses Herrn liest, kann man in der That zu der Ueberzeugung kommen, daß die christliche Charitas in Crimmitschau hauptsächlich sich mit verhungerten Kapitalisten zu beschäftigen hat, denen die Kapitalprogen Weber auch die kleinsten Almosen vorenthalten.

Herr Dr. theol. Rade in Marburg, der verantwortliche Heraus-geder der „Christlichen Welt“ präcisirt dagegen seinen Standpunkt so:

„Wenn nun der brutale Nachtkampf heute in Crimmitschau ausgefochten wird, so fragt sich für uns, ob es dazu kommen mußte, ob nicht der moderne Staat recht eigentlich dazu da war, diese Entwicklung der Krisis zu verhindern. Aber dem wollen wir jetzt nicht nachgehen. Dazu war freilich etwas andres nötig als das Angebot verstärkter Polizeigewalt.“

Dagegen liegt uns daran, noch etwas andres geltend zu machen, was das Gesamturteil beeinflussen muß. Sofern es sich nämlich von Anfang an nicht nur um Nacht, sondern auch um eine Sache handelte, können wir nicht umhin, auf Seiten der Arbeiter zu stehen. Es ist die Forderung des Jehu-sundentages erhoben worden. Das heißt also: eine Arbeitszeit etwa von sechs 7 bis abends 7 mit irgendwie zu verteilender zwei-stündiger Pause. Diese Forderung gilt einem Fortschritt, den jeder Freund seiner Mitmenschen als solchen anerkennen muß. Auch in der Textilindustrie ist der Jehusundentag bereits eingeführt, und sind zwei große Fabriken mit dieser Praxis bekannt, und auch die Denkschrift verhält diesen Thabestand nicht ganz (S. 4, 3, 19). Der Uebergang von elf zu zehn Stunden Arbeit war in Crimmitschau um so mehr an der Zeit, als nach guten Zeugen die Raschmentech-nik











# III. Wahlkreis.

Sonntag, den 10. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in dem großen Saal der Armiahallen, Kommandantenstr. 30:

## Versammlung mit Frauen.

Vortrag des Genossen J. P. Grempe über: „Selektion und Leistungen im Haushalt des Arbeiters.“  
Hieran: Gefelliges Beisammensein. 240/1  
Rege Beteiligung erwartet. Der Einberufer.

# VI. Wahlkreis

(Schönhauser Vorstadt).

Sonntag, den 10. Januar 1904, abends 5 Uhr, im „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103:

## Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Bartels über: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.“ 2. Diskussion.  
Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein. 210/1  
In zahlreichem Besuche ladet ein. Der Vertrauensmann.

# Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Bureau: 80, Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: VII, 3578.  
Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Sonntag, 10. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

## Ausserordentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Lohnfrage. Referent: Kollege Schönberg. 2. Bericht der Kommission. 3. Neuwahl der Kommission.  
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es jedes Kollegen Pflicht zu erscheinen. Die Kommission.

Heute, Freitagabend 7 Uhr, Zimmer 10:  
Sitzung der Kommission der Einsetzer und der Bautischler.

Sonntag, den 17. d. M., im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

## Sociale Dichtungen.

Aufang 6 Uhr. Billet 50 Pf.

# Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 22.  
Fernspr.: Amt IV Nr. 6076.

# Branchen - Versammlungen.

Achtung! Geschirr-Branche. Achtung!

Montag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Rohstraße 3.

Tages-Ordnung: Beratung unserer Forderungen.

Erzbrümmen-Branche: Sonnabend, den 9. Jan., abends 8 1/2 Uhr, bei Johann Kaiser, Flugstr. 6.

Taschen- u. Kofferbranche: Mittwoch, 16. Jan., abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Bericht und Neuwahl der Agitationskommission.

Achtung! Militär-Branche. Achtung!

Sonntag, den 9. Januar, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung: 1. Der Seimarbeiterkongress und unsere Stellung dazu. 2. Die gefährliche Grippe der Arbeiter und die Militärarbeit bei der Wehrfirma Loh Söhne.

Finolenleger u. Teppichnäher: Montag, 11. Jan., abends 8 1/2 Uhr, bei Ludwig, Kommandantenstr. 65.

Wagen-Branche: Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Augustin, Lindenstr. 69.

Eisenmöbel-Branche: Mittwoch, den 13. Jan., abends 8 1/2 Uhr, bei Achterberg, Adalbertstr. 62.

Sektion Charlottenburg: Dienstag, den 12. Jan., ab. 8 1/2 Uhr, bei E. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 90.

Wir richten an die Mitglieder das dringende Ersuchen, diese Versammlungen zahlreich und pünktlich zu besuchen.  
156/1 Die Ortsverwaltung.

# Arbeiter - Bildungs - Schule Berlin.

Freitag, 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 8):

## General - Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und des Lehrerkollegiums. 2. Anträge und Wahl eines Revisors. 3. Schulanlagenangelegenheiten. 4. Beiträge werden entgegengenommen. Mitgliedsbuch legitimiert.

# Steinarbeiter.

Sonntag, 10. d. M., vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7)

## Mitglieder - Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom IV. Quartal. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

# Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. 89.)

Sonntag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Biesdorfer-Strasse 15:

## General - Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Kassendbericht über das vierte Vierteljahr 1903. 2. Jahresbericht. 3. Wahl des Ausschusses. 4. Festlegung der Höhe des Sterbegeldes. 5. Bericht der Bibliothekare und Wahl eines Bibliothekars. 6. Erledigung eines Unterstützungsantrages und sonstige Anträge.  
Ausgabe der Billets zu dem am Sonntag, den 30. Januar, im „Zandouci“, Rottbühlstr. 4a, stattfindenden großen Wiener Maskenball. Mitgliedsbuch legitimiert. 192/1  
Zahlreiches Besuche erwartet. Der Vorstand.

# Freie Vereinigung der Bauarbeiter

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstrasse 270:

## General - Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes und Bericht der Revisoren. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Kassierers vom 4. Quartal 1903 und Bericht der Revisoren. 4. Wahl des gesamten Vorstandes. 5. Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes. 31/1  
Zahlreiches Besuche erwartet. Der Vorstand.

# Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Feder-

zurichter Berlins (E. H. Nr. 50).

Sonntag, den 17. Jan., vorm. 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

## General - Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Rechnungslegung vom 4. Quartal 1903. 2. Bericht der Revisoren. 3. Vorstandswahl: a) eines ersten Vorstehers; b) eines Schriftführers; c) eines Beisitzers. 4. Wahl der Ersatzmänner. 5. Gefelliges. 82/6  
Der Vorstand. J. A. G. Busse.

# Pelzwaren-Fabrik

Gegründet 1864  
Neue Königsstr. 21, II

verkauft noch einige Tage ihre Reismuster bestehend aus Pelzstolas, Kolliers, Muffen, Herrenkragen etc.

zu billigstem Engrospreis.

Es gelangt nur reelle [492] Kürschnerware zum Verkauf.

Der Vorstand. Bernh. Hoff, Georg-Säcker, Vorstehender. Schriftführer. NB. Durchempfang der Abrechnung können vom 15. Januar ab in unserm Stammlokal, Engel-Ufer Nr. 15, in Empfang genommen werden. 270/8

Rob-Tabak. Tempelinerstr. 3

8. Naun, n.d. Schmederstraße.

# NESTLE'S Kinder-

mehl

Unübertroffen bei Brechdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh

Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.

# Die Beerdigung unserer Tochter

Gertrud Michaelis

findet heute mittag 12 Uhr vom Trauerhause (Teltowerstr. 12) nach dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Die trauernden Eltern.

# Vorwärts - Buchhandlung

SW. Lindenstraße 69, Laden.

## Schriften von Karl Marx:

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 2 Bände. 25/11

1. Bd.: Der Produktionsprozess des Kapitals. 4. Aufl. R. 9.-; in Halbfz. gebd. R. 11.-

2. Bd.: Der Umlaufprozess des Kapitals. 2. Aufl. R. 8.-; in Halbfz. gebd. R. 10.-

3. Bd.: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. Zwei Teile. R. 10.-; in Halbfz. gebd. R. 14.-

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-50. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.-

Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalkomitees der Internationalen Arbeiter-Association. R. —, 30

Entwürfen über den Kommunismus-Prozess zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —, 25

Lohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —, 20

Das Geld der Philosophie. Antwort auf Brendans „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und A. Kaufst. Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels. Broch. R. 1,50; gebd. R. 2.-

Marx vor den Kölner Geschworenen. Prolog gegen den Ausschuss der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (9. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —, 20

Revolution und Counter-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kaufst. Broch. R. 1,50; gebd. R. 2.-

Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.-

# Sarg-Magazin

und 3028L

## Beerdigungs - Comptoir

Moldts Nachf. B. Krahl.

Eisenbahnstrasse 37.

# Achtung! Bauhandwerker. Achtung!

Seit dem 6. d. Mts. stehen die Träger in der Lohnbewegung. Alle Verträge seitens der Organisation, auf gültlichem Wege ohne Regelung der Streitfrage herbeizuführen, lehnte die Innung entschieden ab.

Da nun ein großer Teil der Firmen die Forderung der Streikenden bereits anerkannt hat, so hat die Organisation rote Arbeitsberechtigungskarten auszugeben.

Wir richten deshalb das Ersuchen an die organisierten Arbeiter der Baubetriebe, und in diesem Kampfe zu unterstützen, indem sie die auf den Bauten beschäftigten Träger nach der Legitimationskarte befragen.

Jeder Träger, der ohne diese Karte angetroffen wird, arbeitet entgegen den Forderungen derselben und läßt sich somit als Arbeitswilliger bezeichnen.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter

# Nachruf!

Am 5. d. Mts. starb plötzlich nach kurzem Krankenlager der

## Otto Heuser

im Alter von 30 Jahren. Sein Andenken halten wir in Ehren.

Das Personal der Firma C. Lorenz, Telegraphen- u. Signal-Anstalt, Berlin, den 6. Januar 1904.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Falck-Friedhofs in Nizdorf aus statt.

# Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Filiale Rixdorf.

Am 4. Januar verstarb unser Mitglied

## Oskar Flemming.

Die Beerdigung erfolgt heute Freitag, den 8. cr., vom Rixdorfer Kirchhof (Leichenhalle). 110/4

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

# Vereinigung der Maler.

Berlin I.

Am 5. Januar starb unser Kollege

## Franz Fabry.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gelsenmänners Kirchhofes in Rixdorf-Schönhauser-Nordend aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 124/1 Die Ortsverwaltung.

# Vereinigung der Maler.

Berlin I.

Am 5. Januar ist unser Kollege

## Oskar Kinne

nach einjährigem Krankenleiden gestorben.

Die Beerdigung findet Freitag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gelsenmänners Kirchhofes in Rixdorf-Schönhauser-Nordend aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 124/2 Die Ortsverwaltung.

# Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut-, Haar- und Fransenleiden, Seydelstr. 9.

1/12-1/3, 1/4-1/8, Sonnt. 9-11

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

Restaurant Umstände halber zu verkaufen. Nähere Auskunft Engel-Ufer 12 im Lokal. 112\*

Sichere Lebensversicherung. Eine Baar- und Rückversicherung, Rücklage bestehend, ansehnlich mit guter Rendite, viele Vorteile, ist Umstände halber billig zu verkaufen. Erforderlich bis 2000 Mark. Auskunft erteilt Rantowstr. 80, Gagarinstraße, oder postlagernd Postamt Stralich D. S. 135. 815\*

Schwarz-Feinweberei, Knabenstr. mit Maschinen 12 Mark verkauft Hausverwaltung Brunnenstr. 151. 437\*

Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

Großvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Rohstoffen bestehend, 18,00-38,00, Weinleider 8-11 Mark. Deutsches Verbandshaus, Jägerstr. 63, I. Trepp. 1938\*

Winterüberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an. Große Auswahl, auch neue, zurückgelehnt, kann man am billigsten direkt nur beim Schneidemeister Hülshenzel, Rosenbaldstr. 15 III. Auch Sonntag. 104/1\*

Handliche Raumstr. 70. Uhren, Betten sehr billig. 672\*

Teppiche mit Farbenfehlern, feinsten niederländische Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

Rahmenarbeiten, gebrauchte, Scheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Weilmann, Gollnowstr. 26. 2058\*

Kanarienhähne (preisgekrönt) verkauft Mühl, Schönberg, Bahnhofsstr. 41. 1117\*

Musikwerte, selbstspielende, Teilschaltungen, Jannalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Klavierstr. 40. \*

Malstrahl, blutbildend, für Blutarmer, Brustkrank, Schwächliche, Gemüthsstimmung, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, Lonne 3,50, erhaltbar. Nicht Blasenkrank, Qualität entscheidend. Parier - Kellerei Ringler, Bernauerstr. 119. 103/20

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

Vorläufige hochlegante Anzüge und Winterpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Die bei der Inventur zurückgelehnten Sachen werden für die Hälfte des Wertes verkauft. Gerlandhaus Germania, Unter den Linden 21. 2078\*

Ed - Dekoration Belle Alliancestr. 74a bis 100, da zwei Geschäfte, preiswert zu verkaufen. Rich Kreuz, Repton, Neue Straße 59. 834b

Junge Leute verkaufen ganze Wirtschaft, Milchgegnisse, Tischensofa, Truhen, auch einzeln, Jannalidenstr. 126, Hof I. 855b

Betten, zwei gute Stand, eleganter Teppich 23,00, zwei Steppdecken 11,50, Gardinen, Kommode, zwei feinsten Tisch - Ueberzugsdecken mit Stores 25,00, Besten billig. Hoffmann, Baumstr. 52 I. 839b

Landparzellen zwei Meilen von Berlin, Aute vier Mark, offeriert Rademacher, Leubenerstr. 1. 49/4

Leffen Sie sich den Weg nicht lassen. Sie kaufen Herren- und Knabenkleidung am besten bei Hermann Zehlinger, Turmstr. 85. 817b

Kanarienvögel, Vorkäufer 8,00, Reanderstr. 7. 49/5

Kanarienhähne, Weidenweg 59. 1117\*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 498\*

Panellsofa oder Ruhebett billig. Franklin Gehler, Prinzenstr. 61. 498\*

Parquetboden, Holzbohlen - Zahlstelle, Secchi, Riche 1100, erforderlich 500. Brauerei hilft. Besonderer Umstände halber sofort zu verkaufen. Näheres G. Scheuermann, Brunnenstr. 144. 1104

Wirtschaft, billig, sofort veräußert, darunter Panellsofa mit meterhohem Spiegel, gute Schränke, Brautleinen dazugehörig, weil noch neu, Friedrichstr. 113, II. 65/14

Jackettanzug, blau Cheviot, einen Meter Cheviot, neu, Mittelstück, Gehrockanzug (Selbstnäher), untersehr leicht, neu, drei Dickbauchdecken, drei Hüte, alles für ein Drittel Selbstkostenpreis. Engel, Prenzlauerstr. 23, II. 104/4

Verkauf von Kanarienvögeln, Sing-, Fliegen-, Papageien, ausgefloppten Fögeln und Säugelieren in der „Neuen Welt“, Holtenauerstr. 109-114, in den Tagen vom 9. bis 12. Januar 1904, geöffnet von morgens 9 bis abends 8 Uhr.

Unfallfahne, Rechtsbureau, Puffer, Steglitzerstr. 14, 10618\*

Patenanwalt Dommann, Dreierstr. 57, Rixd. 817b

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstr. 38. Bilig. Sonntagsdienst. 831b

## Verschiedenes.

Zweite große Vogelausstellung von Kanarienvögeln, Sing-, Fliegen-, Papageien, ausgefloppten Fögeln und Säugelieren in der „Neuen Welt“, Holtenauerstr. 109-114, in den Tagen vom 9. bis 12. Januar 1904, geöffnet von morgens 9 bis abends 8 Uhr.

Unfallfahne, Rechtsbureau, Puffer, Steglitzerstr. 14, 10618\*

Patenanwalt Dommann, Dreierstr. 57, Rixd. 817b

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstr. 38. Bilig. Sonntagsdienst. 831b

Rechtsbureau (Alexander-Platz) 1. Kurze Straße 47/48. 65/10\*

Rechtsbureau! (Andreas-Platz), Grünweg oberhalb, Langjähriger Gerichtsbestand! Erfolgreichste Karterteilung! Eingabengehalte! 801b\*

Rechtsbureau Hoff, Brunnenstr. 14, 10618\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

Rechtsbureau, großes, mit Bühne, noch einige Tage frei Jannalidenstr. 146. 1124\*

2 große Stuben, Küche, Zubehör, 30 Mark, Adlerstr. 2. 751b\*

Rummelsburg, Rummelsburg, am neuen Stadtbahnhof, drei Stuben, Zubehör, April. 2066\*

## Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle sofort Dresdenerstr. 58, vorn III rechts. 717b

Schlafstelle, Herren, Eingang separat, Postler, Ritterstr. 124. 1173

## Mietsgesuche.

Unabhängiger junger Mann sucht zum 1. Februar einfaches, aber freundlich möbliertes Zimmer. Offerten Adalbertstr. 26, Restaurant. \*

Leere Stube vom Wirt sucht ältere Frau, Emilie Domuth, Rödertstr. 113 II. 829b

## Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Gummi, Schneider, das am liebsten Kerzen, Rügenstr. 10. \*

Wer befragt Parteigenossen Arbeit jeder Art. Gurt, Kreuzstr. 21. 88/9

Stellengesuche.

Stellengesuche.

Kutscher, welcher im Köpffahrt geschäft thätig war und gute Zeugnisse hat, kann sich melden unter A. D., Postamt 31. 793

Arbeitsburde findet Stellung, Buchdruckerei, Dresdenerstr. 79. 1822b

Tüchtigen Metallarbeiter sucht Beschäftigung, Fabrik Etel und Glühde, Wasserwerkstr. 50. 49/3

Arbeiter findet Beschäftigung bei Richard, Knappstr. 1, Röhrenstr. 40. 828b</



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Sitz. Der Spar- und Unterstüßungs-Verein der Siemens- und Schüder-Werke...

Neuenhagen-Ordnung und Umgegend. Sonntagmorgen 4 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins im Restaurant von Nagel in Bruchmühle statt.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die erste Sitzung im neuen Jahre begann mit der Einführung der im November neu bezug. wieder-gewählten Stadtverordneten. Im ganzen waren 51 Stadtverordnete einzuführen.

Die Einführungsrede hielt Oberbürgermeister Kirchner — er hat das Vergnügen alle zwei Jahre. Was sollte er dicke Neues sagen? Er sprach von dem alten Bürgerstum, von dem Schutze der Selbstverwaltung, vom Wohl der Stadtgemeinde, und so weiter.

Nachdem noch der Senior, Stadtverordneter Reumann, ein paar Worte an die Versammlung gerichtet hatte, schritt man zur Wahl des Vorstandes. Herr Langerhans wurde ohne Widerspruch zum Vorsteher wiedergewählt — noch wagen seine Gegner im Lager der Freisinnigen es nicht, ihn abzujagen.

Der weitere Verlauf der Sitzung bot zunächst nicht viel Bemerkenswertes. Erst gegen Schluß gab es noch eine umständliche und zeitweise sehr erregte Debatte über die Gefährdungsstation des Obdachs.

Eine Vertretung der Interessen des Auslandes

ganz wunderlicher Art ist zur Zeit in forsch „nationalen“ Blättern zu beobachten. In der „Welt am Montag“ war vor einigen Wochen eine für die Öffentlichkeit höchst gleichgültige Klatschgeschichte aufgetischt worden.

Stenistlerin, der sich ebenfalls in Berlin aufhält, in der Angelegenheit seiner Tochter ein Stück Selbsthilfe begangen haben, das ihn, mit dem an deutschen Arbeitern in Streikangelegenheiten angewandten Maß gemessen, wegen Erpressung ins Gefängnis bringen möchte.

Es soll uns gleichgültig sein, ob das zum Ruhm des Herrn Farrar veränderte Siegesbulletin sich auf Tatsachen stützt oder nicht. Wir stehen ferner durchaus nicht an, zu erklären, daß sich für das inkorrekte Verfahren, das von dem Vater der Dame angewandt sein soll, vom rein menschlichen Standpunkte aus betrachtet, gar manches zur Entschuldigung anführen läßt.

Nügen nun die Herren von der „Welt am Montag“ so schimpflich gehandelt haben, wie sie nach ihrer Versicherung nicht gehandelt haben, zehnmal schimpflicher ist in diesem Falle das Verhalten der „Post“ und der „Staatsbürger-Zeitung“.

Staatsanwalt und Schleifstein. Die humane Behandlung Verdächtigter besteht darin, daß man auf ihre Tatkraften eingeht. Gestern wiesen wir auf das tolle Geschreibsel der „Post“ hin, worin verlangt wird, daß die Staatsanwaltschaft wegen der Vorgänge bei der Abgeordnetenwahl in Rixdorf gegen die sozialdemokratischen Wahlmänner einschreite.

Nicht allein die sozialdemokratischen Wahlmänner des Kreises Zehlendorf, sondern auch unsere Partei im großen und ganzen kann diesen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft mit dem Gefühl der Würdigkeit entgegensehen. Gestern, die Staatsanwaltschaft brachte es wirklich fertig, einen Wahlmann etwa bestwegen vor gut-gewirkte Richter zu bringen, weil er Frau Stubenrauch seine Stimme gegeben hat, und diese Richter brachten es fertig, diesen Unglücklichen mit Hilfe des groben Anzugs- oder gar des Beleidigungs-Paragrafen zu verurteilen — was wäre damit in staatsrechtlicher Hinsicht gewonnen?

Die Schmach dieses Unrechts wird immerhin auch im Bürger-tum hier und da empfunden. Die „Berliner Zeitung“ bringt ebenfalls eine Betrachtung über die Vorgänge in Rixdorf, die ihr von einem liberalen Wahlmann zur Veröffentlichung zugesandt worden ist. Darin heißt es am Schluß:

„Auf ein Wahlrecht, das selbst der erste Kanzler des Deutschen Reiches das elendeste aller Wahlsysteme genannt hat, ist das Wort des vierten Kanzlers von der „Majestät des Gesetzes“ nicht anwendbar. Diesen Gesetz entgegenzustellen, ist Pflicht eines jeden, der es mit der konstitutionellen Verfassung Preußens in Wahrheit ernst und ehrlich meint.“

Wo uns Triumphe sondergleichen in Aussicht stehen, möchten wir beinahe wünschen, der Staatsanwalt sähe in den Leuten von der „Post“ nicht beneidenswertere Paralytiker, sondern nähme sie contra naturam ernst. Ist das preussische Wahlrecht noch nicht blamiert genug, dann wird es durch einen solchen Strafprozeß der allgemeinen Verachtung preisgegeben werden!

Die Stadtverordneten-Versammlung hat durch Beschluß vom 11. Februar 1897 das Projekt des Radialsystems XI genehmigt, ferner den Bau dieses Systems nach dem aufgestellten Teilprojekt in der Höhe des Kostenanschlags von 3 800 000 M. und endlich die Einleitung des Einigungsverfahrens für die zur Ausführung des Teilprojektes erforderlichen Straßen, zugleich hat sie

auch für diesen Zweck die Summe von 1 000 000 M. aus der Anleihe zur Verfügung gestellt. Verbraucht sind hier von 300 340 M., so daß noch rund 3 Millionen Mark verfügbar sind. Mit der Ausführung des Radialsystems soll un verzüglich nach Regelung der Frage für die definitive Gestaltung des Platzes F begonnen werden. Dann ist es nur eine Frage kurzer Zeit, daß die freien Plätze und Felder an der Greifswalderstraße verschwinden.

Der Ausschuss des Berliner Gewerbegerichts für Gutachten und Anträge hat einstimmig folgenden Antrag genehmigt: „Die gesetzgebenden Körperschaften möchten beschließen, durch das beabsichtigte Gesetz die Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte durch Einrichtung besonderer Kammern mit aus Wahlen hervorgegangener kaufmännischer Richter anzuschließen.“

Die Feuerficherheit der Theater. In dem Bestreben, die Gewährleistung für die Feuerficherheit der hiesigen Theater nach Möglichkeit zu verstärken, hat der Polizeipräsident angeordnet, daß die bisher lediglich von der Feuerwehrgesellschaft ausgeübte Kontrolle in Zukunft von Beamten der Schutzmannschaft und der Feuerwehrgesellschaft in folgender Weise bewirkt werden soll: Allabendlich vor der Kassenöffnung werden sämtliche Theater einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, bei welcher die Beamten der Schutzmannschaft vorwiegend auf das Zuschauerraum, die Feuerwehrgesellschaft auf das Bühnenhaus ihr Augenmerk zu richten haben.

Die städtische Schuldeputation macht durch Rundverfügung an die Direktoren der hiesigen Gemeindeschulen bekannt, daß nach einer Mitteilung der Deputation für das städtische Turn- und Badewesen die neuen für das Kalenderjahr 1904 geltenden Berechtigungskarten für Gemeindeschulkindern zur Benutzung der Schwimmbäder und Brausebäder in den fünf städtischen Kollis-Badeanstalten: Zummstraße 85a, Schillingstraße 2, Wärtelstraße 64, Demmewitzstraße 24a und Oberbergerstraße 57/58 im Bureau der Straßen- u. Anlagen, Rathaus, Zimmer 114, 3 Treppen, muntlich gegen Quittung in Empfang genommen werden können.

Die Nordbahn, die bisher nur zwei Geleise hat, soll, wie seiner Zeit mitgeteilt wurde, bis Hermsdorf viergeleisig ausgebaut werden. Die Arbeiten sind im vorigen Jahre in Angriff genommen worden, nachdem das preussische Abgeordnetenhaus die erste Rate bewilligt hatte.

Auf freier Thor erlosch wurde vorgestern, Mittwochabend, ein alter Einbrecher in dem Hause Remelerstraße 35. Eine Frau aus dem Hause hatte im Keller zu ihm geholt. Als sie sich schon wieder auf der Treppe nach ihrer Wohnung befand, fiel ihr ein, daß sie etwas vergessen hatte, und sie kehrte noch einmal zurück. Nun sah sie einen Lichtschein im Keller, von dem sie vorher nichts wahrgenommen hatte. Vermutend, daß ein Einbrecher sich eingeschlichen habe, rief sie den Wirt, der dann die Haustür abschloß und mit mehreren Wachen den Keller absuchte. Hier fand man einen gewissen Wilhelm Herrmann, einen alten Säufer, der im Zuschauerraum geirrt war. Er hatte schon verschiedene Versuche unternommen und behauptete dennoch, den Keller nur aufgeschloß zu haben, um darin zu übernachten. In seinen Kleidertaschen aber fand man verschiedene Sachen, die er aus den Verschlüssen herausgeholt hatte. Die Kriminalpolizei, der man ihn übergab, nahm ihm noch eine Menge Pfandstücke ab, die über goldene Uhren und dergleichen ausgestellt sind, und einen schönen Schlüsselring mit vielen kleinen Kaffettenschildern. Der Ring trägt die Aufschrift Souvenir, ein schon gearbeiteter Schlüssel aus einer Kaffettenschilder, die in der Kollisstraße 36 sich befindet, die eingeschlagene Nummer 9. Die Eigentümer dieser ohne Zweifel auch gestohlenen Sachen können sie im Zimmer 36 des Polizeipräsidiums in Empfang nehmen.

Ein Opfer des Eisenbahnbetriebs. Im Dienste tödlich verunglückt ist gestern abend um 9 Uhr der 39 Jahre alte Eisenbahn-Rangierer Karl Gröning aus der Kollisstraße 7, der seit sieben Jahren auf dem Anhalter Bahnhof angestellt war. Gröning half auf dem Bahnhof an der Hofstraße einen Güterzug zusammenstellen und fand, wie das gewöhnlich geschieht, während der Fahrt dieses Zuges auf dem Trittbrett eines Wagens. Da der Zug unter der Witterung etwas glatt geworden war, so glitt der Unglückliche ab, fiel hin und wurde von dem folgenden Wagen überfahren. Die Räder schnitten ihm beide Beine ab und verletzten ihn auch am Unterleib so schwer, daß die Eingeweide heraustraten. Gröning starb nach kurzer Zeit an der Unfallstelle unter den Händen zweier Ärzte. Seine Leiche wurde beiseitegenommen und nach dem Schauhaufe gebracht. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit einer zehnjährigen Tochter und einem siebenjährigen Sohne. — Der Fall sollte der Eisenbahnverwaltung doch zu denken geben, ob sich in dieser Jahreszeit nicht ein anderer Modus beim Rangieren einführen läßt.

Verloren gegangen ist am Sonntagabend ein Markenbuch, welches Beitragsmarken des Centralverbandes der Maurer, eine Zahlliste sowie Legitimationen enthält. Der Finder wird gebeten, den für ihn wertvollen Fund im Verbandsbureau der Maurer, Engelauer 15, Zimmer 29, abzugeben.

Seit Beginn des neuen Jahres ist die Berliner Feuerwehrgesellschaft weniger als 110 mal alarmiert worden. Gestern früh um 1/2 7 Uhr kam in einer Wohnung Grünstraße 1 im ersten Stock des Quergebäudes Feuer aus. Es brannten dort der Fußboden, die



**Waffen u. a.** Die Wohnung war bei Ankunft der Feuerwehr schon vollständig verqualmt und drangen deshalb die Sappeure über einen Hakenleitgang von außen durch die Fenster ein. Durch kräftiges Wassergeben gelang es die Flammen auf das erste Stockwerk zu beschränken. In der letzten Nacht entstand in einer Dachkammer Lüneburgerstr. 9 ein Brand, der längere Löschthätigkeit erforderte. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Ebertstr. 25, 1 zu thun, wo Tuchhallen, der Fußboden u. a. brannten. In der Vorhängerstr. 80, am Grünen Weg 76 u. a. Stellen gerieten Weihnachtsbäume, Möbel zc. in Brand. Kellerbrände mahlten in der Boedrichstr. 7, Weinmeisterstr. 18 u. a. Orten gelöscht werden. Gardinen, Wäsche, Kleider, Möbel zc. brannten in der Reuen Königsstr. 60, Lindenwalderstraße 11a usw. Ferner wurde die Wehr nach der Liebstr. 102, Bethanien-Ufer 8, Leipziger Platz usw. gerufen.

**Nach England geschickt.** Der Inhaber der seit 1896 existierenden Wäsche- und Schürzenfirma H. Z. Verlowitz, Reue Friedrichstr. 65, hat unter Hinterlassung einer großen Schuldenlast die Färberei ergriffen. Verlowitz ist Ende Dezember nach England gereist, um, wie er sagte, seine dortigen Angelegenheiten zu besorgen. Das war nur Vorwand zur Flucht, denn die anfangs Januar fälligen Wechsel sind uneingelöst geblieben. Die Gläubiger, hieron verständigt, hatten sofort eine Versammlung einberufen. Die Schuldenlast, die der Flüchtling hinterlassen, beziffert sich auf ungefähr 225 000 M., denen etwa 53 000 M. Aktiva gegenüberstehen. Verlowitz hat besonders nach England hin viel exportiert und dort auch Lager unterhalten. Die Waren sollen hier zu Schaudeckpreisen verkauft worden sein. An dem Zusammenbruch sind sehr viele Berliner sowie auswärtige Firmen beteiligt.

**Herr Sommerfeld,** Inhaber eines Ateliers für Damenkonfektion in der Tempelinerstr. 12, teilt uns mit, daß er zu dem Institut zur Ausbildung von Schneiderinnen, das am Sonntag unter der Stichmarke „Eine Schneiderinnenschule“ in unserm Blatt erwähnt wurde, leinerlei Beziehungen hat.

**Der Bes- und Diskantierklub „Südost“** feiert am Sonntag in Kellers Festhale, Koppenstraße, sein 13. Stiftungsfest. Die Festeide hält Genosse Paul Singer. Da das Konzertprogramm vorzüglich zusammengestellt ist, so steht den Parteigenossen ein genußreicher Abend bevor.

**Wintergarten.** Von den Plakatsäulen lockt wieder in Riesengröße die verrenkte Linie der spanischen Tänzerin, die sich die schöne Otero nennen muß. Sie tritt diesmal auch in einer diamantenen Opiumbearbeitung des alten Galathä-Wunders auf und verbiegt die langen und schlanken Glieder nicht nur spanisch, sondern auch albanisch, babylonisch oder ägyptisch, wir wissen nicht genau. Gegen Erkältungen ist die Dame teilweise durch einen Halsumschlag von Brillanten geschützt. Uebrigens besitzt ihr Partner im stummen Spiel eine bemerkenswerte Ausdrucksfähigkeit, die er opfert, ohne die schöne Otero zu eifriger Anmut in ihren Bewegungen oder selbst nur zu natürlichen Temperamentsausbrüchen verführen zu können. Der Körper der Weiblichkeit ist nun einmal auch fesslich nur höchst mangelhaft behelbt; alles scheint mühsame Dressur, auch die Schönheit. — Die Spezialitäten zeigen die erstaunlichen Fortschritte der Technik auf dem Gebiete der Kunst. Wie viel Scharifun steht in diesen Apparaten, wie viel Wagnis den „Tritts“ und wie viel unermüdliche Arbeit, Kraft und Gewandtheit in den Ausführungen! Zwei Kunstschaffner entwickeln eine Sicherheit, daß sie fähig wären, die Sterne vom Himmel herunterzuschleusen. Ein Jongleur, der nichts antizipiert, ohne es zuvor ein paarmal durch die Luft gewirbelt zu haben; selbst ein Brief wird auf diese Weise ins Couvert befördert. Zwei Drahtseilkünstler, die auf dem schlappen Seil wie auf festem Boden turnen. Und so weiter. Am dankbarsten ist aber das Publikum noch immer für die Couplets Otto Reutters, dessen bedeutendes Talent statt an politischer und sozialer Satire, dank den Weisungen der Polizei, an kleinen Späßen vergeudet wird.

**Ein Kostümfest** feiert die Freie Volkshöhle morgen Sonnabend im großen Saal der Reuen Welt in der Hofenstraße. Auf diesem Fest wird sozusagen die ganze Menschheitsgeschichte Spiegheltränken laufen; alles was seit den Zeiten des alten Nabel bis zur herrlichen Gegenwart an irgendwie beträchtlichen Lokalereignissen sich vollzogen hat, wird mit einem Aufstand, einer Pracht, gegen die selbst die Ausstattung des philosophischen Dramas im Circus Schumann sich verziehen muß, der verwundernden Welt zu Gemüte geführt werden. Die Mitglieder der Freien Volkshöhle thun gut, sich schleunigst mit Eintrittskarten zu 50 Pf. zu versehen, und so dafür zu sorgen, daß eine nie wiederkehrende Gelegenheit, Gemüt und Geist zu bereichern, auf keinen Fall ungenutzt vorübergehe.

**Theater.** Infolge der Schließung des Opernhauses muß die für Dienstag, den 12. d. M., im Reuen Königl. Opern-Theater (Kroll) geplante Vorstellung zu Gunsten des schwer erkrankten Opernsängers Karl Swoboda verlegt werden. Diefelbe findet nunmehr definitiv am Dienstag, den 23. Februar cr., bei unverändertem Programm statt. Die bereits gelösten Billets behalten für diesen Tag Gültigkeit. — „Das Schwalbennest“, Operette in drei Akten von Henry Herzlag, deren Uraufführung am Sonnabend, den 9. Januar, stattfindet, ist von Direktor Jereency in Scene gesetzt, die musikalische Einstudierung besorgt Kapellmeister Siegfried Moritz. Die Damen Mia Werber, Emma Widner, Katalie Günther-Gahn, Irene Stuart und Fräulein Sieder sowie die Herren Emil Albes, Rudolf Ander, Oskar Braun, Martin Klein, Adalbert Lieban, Rudolf Sentus sind mit den Hauptrollen betraut. — Im Schiller-Theater befindet sich gegenwärtig das dreiaktige Schauspiel „Ein Duell“ von dem Wiener Bühnenschriftsteller Franz Wolff, dem Verfasser des in Wien zur Aufführung gelangten Schauspiels „Kinder der Großstadt“, in Vorbereitung. Das Stück, das in Wien vorausichtlich erst im Frühjahr gegeben wird, wurde von der Direktion des Schiller-Theaters zur ersten Aufführung erworben. Die Premiere findet in nächster Woche im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) statt. — Im Luitpold-Theater geht heute, Freitag, „Der Weidenfresser“ von Gustav v. Moser erstmalig in Scene. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Stauffen, Rabrowka, Hüffel, Kottstein und der Herren Krusznanski, Bartels, Tschel und Rajewski.

### Aus den Nachbarorten.

**Charlottenburg.** Genosse Goerke ersucht uns in seiner bekannten Angelegenheit um die Aufnahme folgender Zuschrift: „Wie leistungsfähig und einseitig auch jetzt noch vom Wahlvereins-Vorstand in meiner Angelegenheit verfahren wird, beweist die Notiz im „Vorwärts“ vom Mittwoch, die mich, neben allen Beschuldigungen seit 1 1/2 Jahren, auch noch jetzt in ein schiefes Licht setzen soll. Demgegenüber stelle ich folgendes fest: Am 20. Dezember abends sagte ich im Volkshaus zu dem Genossen Emil Müller, er könne mich in den Wahlverein überscheiden, da man den Wunsch hierzu geäußert habe. Am 21. Dezember zog ich dies jedoch bereits wieder zurück, nachdem ich mir überlegt, daß eigentlich gar kein Grund vorläge, dem Königsberger Wahlverein den Rücken zu kehren, umso weniger, als ich in letzterem wahrhaftig nicht laiz behandelt wurde. Nachdem nunmehr 14 Tage verfloßen sind, mündert der Vorstand sich, daß ich „sofort widerrufen“ habe. Wenn man mir ferner den Wortwurf macht, ich hätte durch meinen Widerruf den „einigen in der Partei üblichen Weg des lokalen Schiedsgerichts“ unmöglich gemacht, so verweise ich auf die Behandlung meiner Angelegenheit in betreff der schwersten Anschuldigungen, die einem Parteigenossen gemacht werden können. Ich befreite deshalb dem Vorstande ganz entschieden das Recht, mit einem Male ein Schiedsgericht zu verlangen, weil es sich um einen eben gewählten Stadtverordneten handelt, und bemerke hierbei ausdrücklich, daß ich vor der Wahl zweimal gegen die Aufstellung Sellins zum Stadtverordneten-Kandidaten an zuständiger Stelle Protest erhoben habe, worüber man zur Tagesordnung überging mit der Begründung, „daß ich nicht mehr Mitglied der hiesigen Organisation sei“. Als Genosse und Kommunal-

wähler wurde ich einfach beiseite geschoben. Was die „betweislosen Beschuldigungen“ betrifft, so wird man mir ja hoffentlich Gelegenheit geben, das gerade Gegenteil von „betweislos“ festzustellen.“

Hierzu wird uns aus den Kreisen der Charlottenburger Parteigenossen geschrieben:

Genosse Goerke sagt, daß seine Meldung zum Wiedereintritt in den Charlottenburger Wahlverein am 20. Dezember, sein Widerruf der Anmeldung am 21. erfolgt sei, so daß er wohl berechtigt war, von einem „sofortigen Widerruf“ zu sprechen. Dem Vorstand war in seiner Sitzung am 23. Dezember nur von der Anmeldung Mitteilung gemacht worden, woraus sich der Beschluß des Vorstandes erklärt.

Am Schluß seines Schreibens drückt Goerke nur die Hoffnung aus, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, die „betweislosen Beschuldigungen“ zu beweisen. Um so verständlicher ist es dann, daß er sich weigert, vor einem Schiedsgericht zu erscheinen. Zum Vorsitzenden desselben war, wie er wünschte, ein Genosse bestimmt, der von der ganzen Angelegenheit nichts kannte, und auf die weitere Bejegung des Schiedsgerichts hat er denselben Einfluß wie die Gegenpartei, die übrigens nur Genossen vorgeschlagen beabsichtigte, die nicht in Charlottenburg wohnen und bisher von den erwähnten Dingen nichts wissen.

Durch einen Sturz vom Pferde getötet wurde am Dienstag der Mann Erich Wefeler aus Breslau, welcher bei der 2. Eskadron des 1. Garde-Mann-Regiments in Potsdam seiner Dienstpflicht genügte und als Offiziersbursche fungierte. Mit den zwei Pferden seines Offiziers, die sehr stallmüthig waren, weil sie in den letzten Tagen dahinein geblieben waren, machte Wefeler einen Ausritt nach Potsdam. Als er auf dem Rückweg bei der sogenannten Kagenstraße am Künigberg vorüberkam, bäumte sich das Pferd, auf dem er saß, plötzlich hoch auf und warf ihn ab. Dabei schlug Wefeler mit dem Kopf auf einen festgefrorenen Chausseeschmuhauhen und erlitt einen Schädelbruch, an dem er bald darauf im Garnisonlazarett verstarb.

## Gerichts-Zeitung.

Was sich liebt, das neckt sich — sogar in Plogensee! Der Konditor Moritz Friedmann aus Budapest war gezwungen, einen einjährigen Aufenthalt in der Strafanstalt zu Plogensee zu nehmen und ließ dort einen Schlafraum mit dem Handlungskommissar Moritz Goldbarth aus Berlin, der gleichfalls eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte. Eines Tages im Juni kamen beide in einen heftigen Streit über die Schönheit der deutschen Frauen, denen Goldbarth einen Ruhmeskranz stochte, während Friedmann nur die heißblütigen Ungarinnen als schön anerkennen wollte. Der Streit wurde immer heftiger und G. brachte durch hämische Sticheleien seinen Freund in solche Wut, daß dieser Wonne machte, ihm mit seinem Tischmesser zu Leibe zu gehen. Nur das Dazwischentreten seiner Mitgefangenen hielt ihn von einer großen Thorheit ab. Am Nachmittag desselben Tages waren beide am gemeinsamen Arbeitstisch an der Strumpf-Strickmaschine beschäftigt. G. hatte vom Gefängnisarzt ein Mittel gegen Nagenschmerzen erhalten, welches einen recht unangenehmen Geruch verbreitete. Er trug die Flasche mit Medizin bei sich und bereitete sich ein Spezialergänzung daraus, seine Mitarbeiter durch häufiges Deffnen der Flasche zu belästigen, bis ihm diese Freude auf ergangene Schwere durch den Vermeister verleidet wurde. Er konnte aber nicht umhin, dem Friedmann noch einige Tropfen auf seinen Platz zu schütten und aus diesem Grunde kam es abermals zwischen beiden zum Streit. Fr. warf ihm eine Wollspindel vor die Brust und G. rebantierte sich, indem er jenem eine Strumpfpolze gegen den Hinterkopf warf und ihm dabei eine stark blutende Wunde beibrachte. In seiner Wut nahm alsdann Fr. ein eisernes Schreien, welches am Ofen lehnte und wollte damit auf seinen Gegner los schlagen. Der ihn weisende Gefangenenaufsicht verbot jede weiteren Gewaltthatigkeiten. Friedmann und Goldbarth hatten sich auf Grund dieser Vorgänge eine Anklage wegen gegenseitiger Mißhandlung zugezogen und hatten sich gestern vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts II zu verantworten. Eine Anzahl Strafgefangener war zum Termin vorgeführt worden. Friedmann, dessen Strafsatz gerade am Verhandlungstage abgelaufen war, wurde wegen Bedrohung zu drei Tagen, wegen Körperverletzung zu sechs Tagen Gefängnis verurteilt, Goldbarth erhielt wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges eine Zusatzstrafe von neun Tagen Gefängnis.

Die Sammelwut. Ein Briefmarkendiebstahl von erheblichem Werte führte gestern den 23jährigen Handlungsgesellen Adolf Jäger vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I. Am Nachmittag des 7. Dezember vorigen Jahres besuchte der Angeklagte das Geschäftslokal des Briefmarkenhändlers Waske in der Friedrichstraße. Er führte eine schwarze Kappe mit Briefmarken bei sich, die er auf den Ladentisch legte und erklärte, daß er seine Sammlung durch einige seltene Exemplare zu ergänzen beabsichtige. Er traf aus den ihm vorgelegten Marken seine Auswahl, bezahlte dafür gegen zehn Mark und entfernte sich wieder. Erst am Abend bemerkte Waske, daß ihm ein zweites Heft, welches seltene asiatische und afrikanische Marken zum Werte von über 1000 Mark enthielt, abhanden gekommen war. Er machte der Kriminalpolizei Anzeige, die alle Briefmarkenhändler vor dem Kaufe warnte. Diese Maßregel hatte Erfolg. Schon am folgenden Tage erschien bei der Firma Kossal ein junger Mann, welcher die beschriebenen Marken zum Kaufe anbot. Es war der Angeklagte, der sich schleunig wieder entfernte, als er merkte, daß man Verdacht schöpfte, es gelang aber bald seine Inhaftnahme. Im Termine suchte der Angeklagte die Sache so darzustellen, als ob nicht ein Diebstahl, sondern nur eine Unterschlagung vorliege. Erst auf der Strafe habe er bemerkt, daß er beim Zusammenlegen seiner Kappe ein fremdes Heft verhehentlich mitgenommen habe und da sei er der Verurteilung erlegen, es zu behalten. Die Beweisaufnahme ließ den Angeklagten im Stich. Der Staatsanwalt hielt ihn für einen gewerbemäßigen Briefmarkenmörder, der auf Diebstahl ausgehe und dessen sonst bei ihm gefundenen Bestände wahrscheinlich auch aus Diebstählen herrührten. Er beantragte gegen ihn neun Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Meyerstein, räumte ein, daß ein Diebstahl und nicht eine Unterschlagung vorliege, nahm aber den Angeklagten gegen den Vorwurf in Schutz, daß er ein gewerbemäßiger Briefmarken sei. Es habe sich ihm die Gelegenheit zur Ausführung des Diebstahls geboten und seine Sammelwut habe über seine Moral gesteuert. Mit Rücksicht ferner darauf, daß der Bestohlene sein Eigentum zurückerhalten habe, beantragte er ein weit niedrigeres Strafmaß. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und verurteilte den Angeklagten nur zu zwei Monaten Gefängnis, wovon drei Wochen durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Die Strausberger Pferdewurf-Affaire, die seiner Zeit in Strausberg einige Aufregung verurachte, beschäftigte gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts II in der Berufungsinstanz in einer gegen die Kaufleute Otto Kanitz und Otto Horn gerichteten Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz. Die Angeklagten waren beschuldigt worden, Pferdewurf, die ihnen aus Berlin geliefert wurde, als Schloß-, Salami- und Reittouren verkauft zu haben. Das Strausberger Schöffengericht hatte sie am 18. September freigesprochen, weil es den Angeklagten glaubte, daß sie nicht gewußt hätten, statt reeller Wurf Pferdewurf zu erhalten. Die gestrige abermalige Verhandlung vor der Strafkammer endete mit der Aufhebung des freisprechenden Erkenntnisses und Verurteilung der Angeklagten zu je 50 M. Geldstrafe eventuell zehn Tagen Gefängnis.

## Vermischtes.

Aus Köln a. Rh. wird uns berichtet: Ein schreckliches Unglück hat sich Mittwochabend in Godesberg ereignet. Eine Dame spazierte mit ihren neun resp. zwölfjährigen Knaben am hohen Rheinufer

entlang. Unterbrechend stürzte einer der Knaben ab und verfiel in den Fluten; die zur Hilfe herbeieilende Mutter stürzte gleichfalls in den Strom und ging mit ihrem Kinde in den Wellen unter.

Von einem schweren Unglück wurde am Dienstag früh die Arbeiterfamilie Hensge in Wilsdorf bei Jena heimgeführt. In Abwesenheit der Eltern, die ihrer Arbeit nachgingen, schürte das fünfjährige Söhnchen das Feuer im Ofen. Dabei ist ihm jedenfalls ein Stück brennender Torf auf die Kleider gefallen, die alsbald Feuer fingen. Im Zimmer befanden sich noch zwei Geschwister im Alter von drei und einem Jahr. Alle drei Kinder sind erstickt. Die beiden älteren fand man, mit Brandwunden bedeckt, unter dem verholten Bett, wohin sie in ihrer Angst geflohen waren, das jüngste im Kinderwagen, wo es die Eltern beim Verlassen der Wohnung hineingelegt hatten. Zwei ältere Geschwister befanden sich in der Schule.

Ueber den Ausfall der Proviantslieferung für die deutsche Südpolar-Expedition auf dem „Gauß“ wird der „Sächsischen Zeitung“ berichtet: Die Vorbereitungen für die Ausrichtung wurden bereits 1 1/2 Jahre vor Antritt der Reise begonnen, da ihre hohe Bedeutung für das Gelingen der Expedition besonders von deren Leiter, Professor Dr. v. Drhgalsti, von Anfang an hervorgehoben wurde. Es sollten vor allen Dingen die Fehler vermieden werden, die schon so oft anderen Expeditionen verhängnisvoll geworden waren. Die der deutschen Expedition gelieferten Artikel sind erst fäktlich durchprobiert worden, wobei sich außer Professor v. Drhgalsti auch der Expeditionsarzt Dr. Gazert und der Geschäftsinhaber der Internationalen Schiffsbedarfs-Gesellschaft Karl Köbiker beteiligten. Diese Arbeit war an sich schon eine umfangreiche und mühsame, außerdem galt es aber auch, eine Zusammenstellung zu treffen, welche die zur Ernährung des Menschen erforderlichen Fleisch- und Gemüservaren in richtigen Verhältnissen zu einander und diese mit den geeigneten Mengen Stickstoff-Substanzen, Fett und Kohlehydraten, enthielt. Da keinerlei Möglichkeit gegeben war, den Bedarf später aufzufüllen und etwaige Fehler wieder gutzumachen, wurden peinlich genaue Berechnungen angefertigt, deren Ergebnis ein in jeder Hinsicht befriedigendes war. Professor v. Drhgalsti sagte in seiner Rede über die bei der Heimkehr in Kiel an ihn gehaltene Begrüßungsrede des Unterstaatssekretärs Dr. Hopf, daß noch nie eine Expedition so gut ausgerüstet gewesen sei, wie der „Gauß“. Und bei einer andern Gelegenheit in Gegenwart des Prinzen Heinrich hob v. Drhgalsti den „ausgezeichneten Proviand“ hervor, der ihm von der Ausrichtungsfirma Köbiker geliefert worden war. Kapitän Rufer und seine Mannschaften erklärten einstimmig, daß sie noch niemals so gut versorgt gewesen seien; sogar die Butter sei bis zum letzten Tage vorzüglich gewesen. Dabei ist zu bedenken, daß die Butter 2 1/2 Jahre alt geworden ist, und was dazu gehört, um Waren wie Brot, Hefe, Schinken, Wurst, Milch, Käse, Fische und Dörrobst so lange brauchbar zu erhalten. Der vom „Gauß“ zurückgebrachte Proviand ist durch von der Bremer Handelskammer ernannte Sachverständige und Priivalbeamte des Norddeutschen Lloyd auf seine Beschaffenheit eingehend untersucht worden. Diese gaben übereinstimmend ihrer lebhaften Befriedigung über die Güte der Proviandartikel Ausdruck. Das Reichsamt des Innern hat beschloffen, von dem gesamten Proviand je eine Dose oder Riste zur diesjährigen Weltausstellung in St. Louis zu senden, wo die dann drei bis vier Jahre alten Waren den Ruhm und die Ehre der heimischen Industrie verkünden sollen.

Die amerikanische Eisenbahnkatastrophe. Wie zu dem Eisenbahnunglück bei Willard noch gemeldet wird, wurde der Rauchsalzwagen in einen folgenden dichtbesetzten Wagen hineingeschoben, wodurch die Insassen des letzteren zu einer unförmigen Masse zerquetscht wurden. Zur Vergung der Leichen mußten die Seitenteile des Wagens entfernt werden. Unter dem Salzwagen lagen drei Passagiere, die noch Lebenszeichen von sich gaben; zwei von ihnen verstarben, ohne daß sie ihre Namen angeben konnten. Die letzten Verletzten beteiligten sich an den Rettungsarbeiten. Die verstümmelten Leichen bieten mit den getöteten Tieren des Viehwagens einen grauerregenden Anblick. Bisher wurden 40 Tote und viele Schwerkverletzte geborgen.

43 Personen durch Plaken eines Kessels getötet. Wie aus Sydney gemeldet wird, fand an Bord des englischen Kreuzers „Wallaroo“, der nach Hobart (Tasmanien) unterwegs war, durch Plaken eines Kessels 43 Personen getötet worden. „Wallaroo“ hat die Nachricht von dem Unglück durch Zeichen nach der Insel Montague, die 230 Meilen südlich von Sydney liegt, gegeben. Der Kreuzer wird morgen in Sydney wieder eintreffen.

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Hbr.

**Abedar.** Die Kasse hat zu zahlen. — **G. S., Nixdorf.** Anspruch auf Unflörentie steht dem Arbeiter zu. — **Hermann G.** Die Kündigung ist gültig. — **D. M.** 1. Welche Rechte und Pflichten jemand aus einem Besetzungsvertrag, läßt sich nur nach Inhalt des Vertrages sagen. 2. Wenn der Pächter dem Jähner trotz ihrer Abmachung Wese aufwendet, so sind sie zur Zurückzahlung nicht verpflichtet, auch wenn er Porto beifügt hat. Einem legitimierten Boten müssen sie das Los zurückgeben. — **G. G. 86.** Falls eine die Verjährungsfrist unterbrechenden Handlungen vorgekommen sind, findet die Verjährung statt: zu 1 in 5 Jahren, zu 2 in 4, zu 3 in 30 Jahren. — **G. S. 594.** Ja. Der Wiestempel ist alljährlich für das Kalenderjahr zu entrichten. — **G. W. 32.** 1. Darüber bestehen keine gesetzlichen Vorschriften. 2. Leider ja. 3. Ja; der Vater kam für seine minderjährige Tochter als deren gesetzlicher Vertreter lagen. — **Wittelsstr. 68.** Rein. — **G. J. G.** Wenden Sie sich an die Versicherungsgesellschaft. Diese ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Sie einer Heilanstalt zu überweisen.

### Rastpreise von Berlin am 6. Januar 1904

nach Ermittlungen des hies. Polizeipräsidenten.

Ware	Q. G.	16,20	16,25	Ware	Q. G.	7,00	5,00
*Weizen, gut	16,20	16,15	Rastofen, neue D. G.	1,80	1,20		
mittel	16,10	16,05	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,50	1,10		
gering	13,00	12,98	do. Bauz	1,60	1,00		
*Roggen, gut	12,96	12,91	Schweinefleisch	1,80	1,20		
mittel	12,92	12,87	Ralbfleisch	1,80	1,10		
gering	14,00	13,95	Hammelfleisch	2,80	2,00		
†Gerste, gut	12,70	11,60	Butter	60 Stück	5,00	3,00	
mittel	11,50	10,40	Kartoffeln 1 kg	2,80	1,20		
gering	15,50	14,50	do.	2,80	1,20		
†Hafer, gut	14,40	13,40	Hamb.	2,20	1,20		
mittel	13,30	12,40	do.	2,20	1,20		
gering	4,00	3,50	do.	1,80	0,80		
Mehlstroh	7,00	4,50	do.	3,00	1,40		
Heu	40,00	25,00	do.	1,40	0,80		
Erbsen	50,00	26,00	do.	15,00	3,00		
Speisebohnen	60,00	20,00					
Linzen							

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

### Witterungsüberblick vom 7. Januar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerr. hoh. mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. u. G. °C.	Stationen	Barometerr. hoh. mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. u. G. °C.
Hammerde.	772	SS	2	Dunst	764	SSB	2	bedeckt	-3
Samburg	771	SS	1	bedeckt	773	G	1	Schnee	-7
Berlin	772	SS	1	bedeckt	766	D	1	bedeckt	9
Frankf. a. M.	772	SS	2	bedeckt	—	—	—	—	—
München	770	SS	3	bedeckt	771	SSD	1	bedeckt	-2
Wien	773	SS	1	bedeckt	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. Januar 1904. Ruhiges, vielwolkeförmiges, zeitweise aufklarendes Frostwetter ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau